



VERGABEUNTERLAGEN

214-25-E15

Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle
„Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

Öffentliche Ausschreibung (VOB)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

MV Mannheimer Verkehr GmbH

Möhlstr.27, 68165 Mannheim, Deutschland

28.07.2025

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen.....	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	3
Vergabeunterlagen.....	3
M288 Ausschreibung HST Planetarium (Gleisbogen) Tiefbau.....	3
Zusätzliche Vertragsbedingung_Schrotterlöse.....	51
AGB Baumaßnahmen_Januar 2024	52
RNV_Datenschutzinformation	61
1. Einleitung.....	61
2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?	61
3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?	61
4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlag ..	62
5. Wer bekommt Ihre Daten?	63
6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?	63
7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?	64
8. Welche Rechte haben Sie?	64
9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?	65
10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?	65
10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?	66
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung	67
AnschiebenPDF Rechnung.....	67
Anforderungen PDF-Rechnung.....	68
Formblätter	70
VHB-Bund-Formblätter.....	70
211_Aufforderung_zur_Abgabe_eines_Angebots.pdf	70
212_Teilnahmebedingungen.pdf.....	74
213_ohne_Lose_Angebotsschreiben.pdf.....	76
214_Besondere_Vertragsbedingungen.....	79
216_Verzeichnis_der_vorzulegenden_Unterlagen	81
Untitled	82
124_Eigenerklärung	83
221_Preismittlung_Zuschlagskalkulation	86
222_Preismittlung_Kalkulation_Endsumme.....	88
234_Erklärung Bieter_Arbeitsgemeinschaft	90
233_Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen	91
235_Verzeichnis der Leistungen_Kapazitäten anderer Unternehmen.....	92
236_Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen	93
LTMG - Baden-Württemberg.....	94
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung	94

Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst .	103
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	105
Besondere Vertragsbedingungen.....	107
Russland-Sanktionen	111
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung.pdf	111
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen	113
I. EU-Sanktionen gegen Russland	113
II. Verbot der Auftragsvergabe	113
III. Fortführung bestehender Verträge	114
IV. Ausnahmen.....	114
V. Zuwendungsbau	115
VI. Inkrafttreten.....	115
Produkte/Leistungen	116
Eignungskriterien.....	119
Leistungskriterien	121
Anlagen	122

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	214-25-E15
Maßnahme	M288
Auftragsbezeichnung	Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim
Auftragsbeschreibung	Es sollen die Tiefbau- und Verkehrssicherungsarbeiten für die Erneuerung von ca. 90 lfdm Spritzschutz und ca. 90 lfdm Geländer im Bogenbereich der Zuwegung an der Straßenbahnhaltestelle „Planetarium“ im Stadtgebiet Mannheim ausgeführt werden.

VERFAHREN

Auftraggeber	MV Mannheimer Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	68165 Mannheim
Leistungsart	Bauleistung
Vergabeart	Öffentliche Ausschreibung (VOB)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein												
Art der losweisen Vergabe													
Höchstzahl der Lose pro Angebot													
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis												
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>45112000-5</td><td>Aushub- und Erdbewegungsarbeiten</td></tr><tr><td>45113000-2</td><td>Baustelleneinrichtung</td></tr><tr><td>45233200-1</td><td>Diverse Oberbauarbeiten</td></tr><tr><td>45300000-0</td><td>Bauinstallationsarbeiten</td></tr><tr><td>45340000-2</td><td>Installation von Zäunen, Geländern und Sicherheitseinrichtungen</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	45112000-5	Aushub- und Erdbewegungsarbeiten	45113000-2	Baustelleneinrichtung	45233200-1	Diverse Oberbauarbeiten	45300000-0	Bauinstallationsarbeiten	45340000-2	Installation von Zäunen, Geländern und Sicherheitseinrichtungen
Code	Bezeichnung												
45112000-5	Aushub- und Erdbewegungsarbeiten												
45113000-2	Baustelleneinrichtung												
45233200-1	Diverse Oberbauarbeiten												
45300000-0	Bauinstallationsarbeiten												
45340000-2	Installation von Zäunen, Geländern und Sicherheitseinrichtungen												

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation

Bekanntmachung	28.07.2025
----------------	------------

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	18.08.2025 12:00:00
Frist Bieterfragen	11.08.2025 12:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	31.08.2025
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.09.2025
Ende	10.10.2025
Anmerkungen	

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 11.08.2025 12:00 Uhr eingegangen sein.
Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.
Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.
Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Vergabeverfahren für Bauleistung

Vorbemerkungen mit Allgemeine Baubeschreibung

**M288 „Ern. Spritzschutz und Geländer“ an Strab-Haltestelle
Planetarium (Bogenbereich) – Tiefbau & Sicherungsmaßnahme**

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkungen	3
1.1 Angebotsgrundlagen.....	3
1.2 Gegenstand der Ausschreibung	3
1.3 Aufmaß und Abrechnung	5
1.4 Bauzeitenplan des AN	6
1.5 Erläuterung zum LV	7
1.6 Beweissicherung	7
1.7 Planunterlagen.....	8
1.8 Sicherheits- und Gesundheitsschutz.....	8
1.9 Qualitätssicherung und Materialprüfungen	9
1.10 Ortsbesichtigung	9
1.11 Nicht erwähnte und unvorhergesehene Leistungen	9
1.12 Schnittstellenklärung	9
1.13 Sonstiges	10
2. Vertragsgrundlagen	10
2.1 Vertragsbedingungen.....	10
2.2 Auftrag und Auftragsbestätigung	10
3. Angaben zur Baustelle.....	10
3.1 Lage der Baustelle	10
3.2 Beschreibung der Leistung/ Gesamtmaßnahme	13
3.3 Ver- und Entsorgungsleistungen, Kabel.....	15
3.4 Schutz von Vermessungspunkten und Grenzzeichen	15
3.5 Bodenverhältnisse	16
3.6 Erdarbeiten / Entsorgung.....	16
3.7 Leistungen Dritter im Baufeld.....	16
4. Angaben zur Ausführung	17
4.1 Allgemeine Beschreibung zur Ausführung.....	17
4.2 Durchführung der Arbeiten	17
4.3 Rahmentermine	19
4.4 Arbeitsstellenbeleuchtung.....	20
4.5 Ladearbeiten, Baugeräte.....	20
4.6 Staub- und Lärmentwicklung	21
4.7 Sicherheitsaufsichtskraft (Sakra).....	21
4.8 Material und sonstige Geräte	21
4.9 Zusätzliche Technische Vorschriften, Richtlinien und Merkblätter	22

Leistungsverzeichnis

Anlagenverzeichnis

1. Vorbemerkungen

1.1 Angebotsgrundlagen

Der Auftraggeber ist die MV Mannheimer Verkehr GmbH, Möhlstraße 27, 68165 Mannheim.

Die Bieter werden darüber informiert, dass die MV Mannheimer Verkehr GmbH die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) zur Betreuung des zu vergebenden Projektes einsetzt. Die rnv vergibt den hier vorliegenden Auftrag im Namen und auf Rechnung der MV Mannheimer Verkehr GmbH.

1.2 Gegenstand der Ausschreibung

Tiefbau- und Verkehrssicherungsleistung für die Erneuerung von ca. 180 lfdm Spritzschutz und Geländer im Bogenbereich der Zuwegung an Straßenbahnhaltestelle „Planetarium“ im Stadtgebiet Mannheim.

Leistungsübersicht: Pflaster- & Tiefbauarbeiten mit Abbruch und Verkehrssicherung für die Gesamtmaßnahme. Bautätigkeiten Dritter (Metallbau) im Rahmen der Gesamtmaßnahme tätig (ehemals Los 2 des vorangegangenen Vergabeverfahrens 030-25-E15).

Die Gesamtmaßnahme umfasst das vorhandene Spritzschutzgeländer zurückzubauen und durch einen neuen Spritzschutz-Typ zu erneuern. Die Leistung des Unternehmers ist der Rückbau des Altbestandes inklusive Abbruchs der Altfundamente, Entsorgung (wenn nicht anders gewünscht), Verkehrssicherung der Gesamtmaßnahme, Pflaster- und Tiefbauarbeiten inklusive Betonage von neuen Einzelfundamenten und weitere hierfür notwendige Bauleistungen. Insbesondere die Erstellung der Verkehrsführungspläne und Einholung einer verkehrsrechtlichen Anordnung, die Verkehrssicherung selbst, die Kabelsicherung, die Leitungsabfrage bei den Trägern öffentlicher Belange, Abstimmungen mit dem Beauftragten Metallbau, dem AG und beauftragten Ing. Büro (BÜ/BOL) sind explizit Bestandteile der Leistungserbringung durch den AN. Der Metallbau zur Herstellung, Lieferung und Montage von neuem Spritzschutzgeländer inklusive Verglasung ist bereits vergeben.

Dem AN obliegt die Pflicht die durchzuführenden Leistungen in terminlichen Einklang zwischen der Verkehrssicherung, des Tiefbaus selbst und der durch die AG beauftragten Schlosser (Produktion, Lieferung und Montage des Metallbaus) zu bringen. Ein Rahmenterminplan und eine Schnittstellenliste ist zwingend zu erstellen und mit dem AG und seiner BÜ/BOL abzustimmen, und zu vereinbaren. Gegenseitige Mangelansprüche, Rügen oder Behinderungsanzeigen zwischen den Parteien sind durch eine frühzeitige Schnittstellenklärung und definierten Teilabnahmen zu verhindern.

1.2.1 Bestehende Situation

Das Bestand-Spritzschutzgeländer besteht aus Rundholmgeländer Ø48,3 mm mit 2 mm Wandstärke im Rastermaß 0-0,50/ 1,00/ 2,00 m. Das Bestandsgeländer ist in Einsteckhülsen mit Fundamentierung und

teilweise direkt in Ortbetonweise hergestellt. Entsprechend dem Aufbaujahr um etwa 1988 ist der Bestand in entsprechendem gebrauchtem Zustand auffindbar.

1.2.2 Geplante Maßnahme

Unter Einhaltung des Zeitplans und Vorschriften sind die Tiefbau lastige Bauleistung zur Erneuerung des Spritzschutzgeländer umzusetzen.

Die Erneuerung erfolgt an der Zuwegung der Haltestelle „Planetarium“ gemäß der Ausführungsplanung. Der Bau findet im laufenden Fahrbetrieb statt und stellt durch den Bahnverkehr erhöhte Anforderungen an die Sicherheitsaspekte der im Bogenbereich befindlichen Maßnahme. Die Verwendung einer Sicherungsaufsichtskraft ist verpflichtend einzusetzen.

Die neue Geländer-Konstruktion besteht aus 60x20 mm Doppelpfosten aus Flachstahl (Vollmaterial S235), einem schmalen Flachstahl-Steg zur Handlaufaufnahme und erzeugt eine 5 mm Schattenfuge und einem etwa 50 mm dickem Handlauf aus Edelstahl. Das Spritzschutzgeländer wird in modularer Bauweise aus Einzelteilen mittels Schweißung und/oder Verschraubung, vorproduziert und zusammengebaut. Der Pfostenabstand des neuen Typs beträgt regulär 1.400 mm und 700 mm Raster, in Ausnahmefällen ca. 1.000 mm gemäß Ausführungsplanung. Dadurch ergibt sich ein Unterschied zum Pfostenraster des Bestandsgeländers.

Die Geländerhöhe beträgt 1.000 mm über Oberkante Belag. Im Rampenbereich ist der Handlauf mit einer maximalen Abstufung von 50 mm abzutreten. Das Spritzschutzgeländer ist seitens AG für eine horizontale Lastannahme von 1 kN/m dimensioniert. Mit Durchführung der Maßnahme im Bestand ergeben sich Zwangspunkte durch die Örtlichkeit. Die Werksplanung bietet mehrere Befestigungsarten des Geländers, wobei am Standort „Planetarium“ nur Dübeln auf Fundament +15 cm unter GOK erfordern.

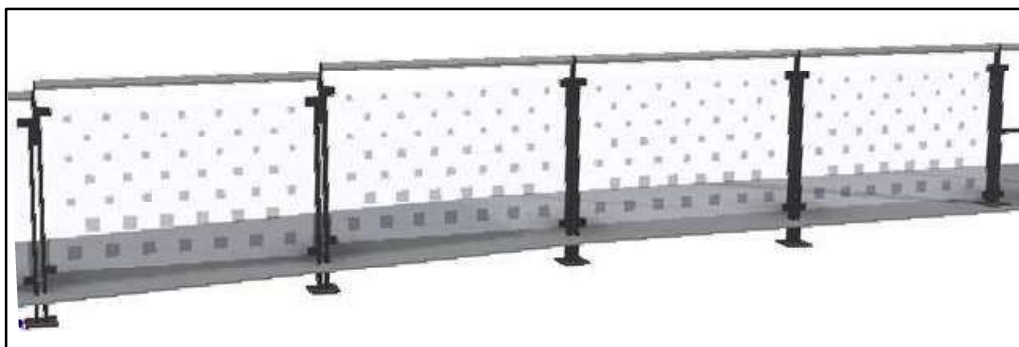


Abbildung 1: Visualisierung neues Spritzschutzgeländer.

Der rnv sowie MV sind eine wirtschaftliche und kurzweilige Umsetzung der Baustelle unter Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte und baulichen Anforderungen wichtig. Die Dienstleistung zur barrierefreien Personenbeförderung durch Nutzung der Steige ist primär zu gewährleisten. Eine enge Abstimmung über den benötigten Arbeitsraum des AN und der für den Fahrbetrieb erforderlichen Sicherheitsbereich muss

während der gesamten Bauzeit mit dem AG erfolgen. Sofern ein zweiter Haltestellenzugang betrieben und ausgeschildert werden kann, besteht die Möglichkeit Einen zu zeitlich befristet zu schließen.

Die Lage des Geländers entspricht gleichwertig der des Neuaufbaus und die gültigen Abstandsmaße zum motorisierenden Individualverkehr sind einzuhalten. Trotz 1:1-Erneuerung ergeben sich Mengenänderungen zum Altbestand, welche bei der Massenermittlung berücksichtigt sind. Der AG weist darauf hin, dass der Metallbau am Gesamtbauvolumen maßgebend ist.

Auszug der planerischen Abstandsmaße für die Bauausführung:

- Vertikaler Abstand zwischen Stäben (Spritzschutz zu Fahrgastunterstand/ Pfosten zu Pfosten) darf < 12 cm betragen analog DIN18065 (Geländertreppen) zur Sicherheit von Kleinkindern
- Einhaltung der barrierefreie Durchgangsbreite von $\geq 1,50$ m ab Bahnsteigvorderkante
- Lichtes Quetschmaß von 45 cm ab Bahnsteigvorderkante bzw. 1,70 m lichtet Abstandsmaß ab Gleismitte für parallel zur nächstgelegenen Gleisachse, geführtes Geländer (zzgl. Hüllkurve) gemäß rnv-Richtlinie „rnv-Ril_LRP“ vom 30.01.2019 und §19 (3) BOStrab)
- Anordnung von Isolierstößen nach $\leq 8,40$ m Spritzschutzgeländer parallel zu den Gleisen und Isolierstoß nach $\leq 1,99$ m rechtwinklig zu den Gleisen angeordnet gemäß rnv-Richtlinie „StandardsBau_Version 2.2“ Kapitel 6. Tiefbauseitig ist auf eine Trennung zwischen den Fundament ebenfalls zu achten.
- Anordnung eines Isolierstoß am ersten Spritzschutzgeländer-Element am Fahrgastunterstand, sofern vorhanden
- Abstandsmaß des Sicherheitsstreifens zu angrenzender Fahrbahn mit Individualverkehr beträgt $\geq 0,50$ m, in Ausnahmefällen mittels erforderlicher Genehmigung durch den AG mit Straßenverkehrsbehörde bis $\geq 0,30$ m (gemäß RAS 06, 4.7)
- Oberkante Handlauf, Höhe von 1.000 mm über Oberkante Belag

Die jeweiligen Richtlinien gelten in der zur Bauausführungsbeginn gültigen Fassungen und können vom AG angefordert werden.

Bauliche Abweichungen sind dem AG bzw. der BÜ/BOL zu melden und vor Montage muss die Gelegenheit zur örtlichen Lösungsfindung gewährt werden.

1.3 Aufmaß und Abrechnung

Die Abrechnung der Gesamtmaßnahme ist abrechnungstechnisch an MV Mannheimer Verkehr GmbH zu stellen. Zu jeder Position ist ein Aufmaßblatt zu erstellen, welches durch die örtliche Bauüberwachung zu unterzeichnen ist. Der Bezug zu Abrechnungsplänen und -skizzen ist herzustellen.

Ab der 1. Abschlagsrechnung sind nachvollziehbare Massenermittlungen auf der Grundlage von gemeinsam durchzuführenden Aufmaßen (AN und örtliche Bauüberwachung) vorzulegen. Eine Auszahlung ohne Aufmaß/ Nachweis erfolgt nicht.

Zusätzlich zum Aufmaß und zum Abnahmeprotokoll ist vom Auftragnehmer ein Abrechnungsplan zu fertigen. Angaben über die Lage der Fundamente erfolgen im Abrechnungsplan durch Eintragung nachvollziehbarer Maße gemäß der beigestellten Ausführungsplanung.

Werden Positionen nach Liefer- bzw. Wiegescheinen abgerechnet, so sind diese täglich der örtlichen Bauüberwachung vorzulegen und bestätigen zu lassen.

Zur Schlussrechnung sind die Originalscheine nach Positionen geordnet beizufügen.

Eventuelle Mehraufwendungen für die Erstellung der Aufmaße und Abrechnung hat der AN in die Einheitspreise einzurechnen.

1.3.1 Prüfung und Abnahme

Es findet eine VOB-Abnahme statt.

Die Abnahme erfolgt durch eine gemeinsame, vom Auftraggeber und dessen Beauftragte und des Auftragnehmers vorgenommene Kontrolle der Bau- und Lieferleistung.

Eine Teilabnahme hat zwingend bei allen Schnittstellen mit Leistungsübergabe an/ vom Metallbau zu erfolgen, sprich eine

- Teilabnahme der Fundamente vor Montage des Schlossers hat zu erfolgen
 - Teilabnahme des Metallbaus vor Deckenschluss des AN hat zu erfolgen
 - Teilabnahme des Pflasters vor Montage Spritzschutzscheiben des Schlossers hat zu erfolgen
- Die Bauüberwachung begleitet und dokumentiert die Übergaben.

Bis zur Abnahme der Anlage entstehende Schäden und Verluste an Anlagenteilen und Montagewerkzeugen gehen zu Lasten des Auftragnehmers (Selbstverpflichtung).

1.3.2 Benutzung von Teilen der Leistung vor Abnahme

Vor Abnahme gem. § 12 VOB / B werden folgende Anlagenteile in Benutzung genommen:

Mit Deckenschluss und Behebung der Baustelleneinrichtung werden die hergestellten Haltestellenbereiche durch den öffentlichen Personenverkehr in Benutzung genommen.

Durch das zur Benutzung freigegebene Werk erfolgt keine konkludente (stillschweigend) Abnahme. Eine ordentliche VOB-Abnahme hat zu erfolgen.

1.4 Bauzeitenplan des AN

Der Bauzeitenplan des AN muss den vorgeschriebenen Ausführungsfristen entsprechen und Baufortschritt, Bauleistung und die tägliche Arbeitszeit beinhalten.

Der Bauzeitenplan wird nach Genehmigung durch den AG und die ggf. noch zu Beteiligten mit allen Anfangs-, Zwischen- und Endterminen Vertragsbestandteil.

Der Bauzeitenplan ist dem AG spätestens 2 Wochen vor Baubeginn zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen. Der Bauzeitenplan hat die Produktion bzw. Bereitstellung des Materials zu beinhalten. Er ist im Rhythmus von 14 Tagen auf die aktuellen Gegebenheiten anzupassen und zu überarbeiten.

Die Kosten für das Aufstellen und Aktualisieren des Planes ist in die Einheitspreise einzurechnen. Eine Verschiebung der Termine berechtigt den AN nicht zu Forderungen gegenüber dem AG.

1.5 Erläuterung zum LV

Bei allen Lieferungen und Leistungen sind einschlägige Vorschriften und Empfehlungen wie BOStrab, VDE, UVV, DIN, VDV, EN u.a. zu beachten, soweit diese den Bau und die Inbetriebnahme des Bauvorhabens betreffen. Insbesondere sind die rnv-Richtlinien zu „DA-Arbeiten im Bereich von Gleisen“ (Sicherheitsanweisungen) zu beachten. Des Weiteren sind die ortspolizeilichen Vorschriften und Auflagen durch die Kommune einzuhalten.

Die Einheitspreise umfassen die Entschädigung für alle zur bedingungsgemäßen Herstellung und Vollendung einer abnahmefähigen und gebrauchsfertigen Anlage notwendigen Leistungen und Nebenleistungen, insbesondere die zur planmäßigen Durchführung der Arbeiten erforderlichen Mehraufwendungen für Arbeiterschwernisse und für evtl. Mehraufwand zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ausführungsfristen. Die entsprechenden Rohstoffmehr- oder -minderkosten sind mit den angegebenen Einheitspreisen der betreffenden Positionen abgegolten. Die Angebotspreise sind als Festpreise bis Bauende zu kalkulieren. Die Abrechnung erfolgt nach Aufmaß und tatsächlich erbrachter Leistung.

1.6 Beweissicherung

Vor Beginn der Baumaßnahme ist gemeinsam durch den AN und den AG ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen.

Die Beweissicherung besteht aus digitalen Fotos mit Verortung und Erläuterung, welche den Zustand vor Baubeginn festhalten.

Ein Beweissicherungsverfahren ist insbesondere durchzuführen für:

- Im Baufeld und auf Zuwegung befindliche Ausstattungen (Fahrleitungsmasten mit Feststellung des Neigungswinkels, Verkehrsampel, LSA u.a.)
- Angrenzende Flächen, Fußgängerfurten
- Flächen der Baustelleneinrichtung einschl. Ein- und Ausfahrten
- Sonstige vom AN genutzte Flächen nach eigenem Ermessen

Ziel der Beweissicherung ist es, den Zustand der an das Baufeld angrenzenden Flächen in geeigneter Form im IST-Zustand festzuhalten. Besonderes Augenmerk gilt hierbei der Dokumentation bereits bestehender

Schäden. Es wird besonders darauf hingewiesen, dass bei Schäden während der Ausführung die Schadensregulierung dem AN obliegt. Eine Fotodokumentation ohne Verortung und Erläuterung wird nicht anerkannt.

1.7 Planunterlagen

Der AG überreicht dem AN nach Auftragsvergabe alle zur Bauausführung benötigten, freigegebenen Planunterlagen. Diese beinhalten eine Ausführungsplanung für den Tiefbau und eine Werksplanung für den Metallbau einschließlich Einzelstückliste, statischer Bemessung mit Prüfstatik und einer Ausführungsplanung.

1.7.1 Vom AG zur Verfügung gestellte Unterlagen

Der AG stellt dem AN für die Durchführung der Baumaßnahme nachfolgende Unterlagen zur Verfügung:

- Vergabe – LV
- Planunterlagen gemäß Anlagenverzeichnis

1.7.2 Vom AN zu erstellende bzw. zu beschaffende Unterlagen

Vom AN sind dem AG folgende für die Herstellung der Gesamtmaßnahme erforderlichen Unterlagen rechtzeitig – 2 Wochen vor Leistungsbeginn – zur Freigabe vorzulegen:

Planung/ vorbereitende Maßnahmen

- Detaillierter Bauzeiten- und Bauablaufplan
- Eignungsprüfungen und Gütenachweise der Baustoffe
- Prüfergebnisse der Eigenüberwachungen gem. ZTV's
- Erstellung eines Verkehrsführungsplan

Bauausführung

- Einholung und Genehmigung verkehrsrechtlicher Anordnung bei der Stadt Mannheim (Bearbeitungsdauer Behörde berücksichtigen)
- Aufgrabungsanzeige mit Genehmigung.
- Leitungserhebungen bei den Trägern öffentlicher Belange

1.8 Sicherheits- und Gesundheitsschutz

Die Koordination und Einweisung der auf dem Baufeld befindlichen Dienstleiter und/ oder betrieblichen Tätigkeiten wird durch den Projektleiter der rnv in Abstimmung mit den verantwortlichen Bauleitern des AN abgestimmt.

Dies befreit den AN jedoch nicht von seinen eigenen Pflichten. Eine Sicherheitsunterweisung und örtlichen Einweisung vor Arbeitsaufnahme ist weiterhin zwingend erforderlich.

Sicherheitsbelehrung

Vor Beginn der Baumaßnahme führt der AN in Zusammenwirken mit den rnv-Fachabteilungen eine Sicherheitsbelehrung über die Gefahren aus dem Bahnbetrieb, Arbeiten im Gleisbereich, aus erdverlegten Leitungen und Bahnstromanlagen durch.

Diese Sicherheitsbelehrung ist mit Unterschrift zu dokumentieren.

1.9 Qualitätssicherung und Materialprüfungen

Alle eingesetzten Produkte bedürfen einer CE-Kennzeichnung oder haben eine bauaufsichtliche Zulassung.

Der AN muss Eigenüberwachungsprüfungen gemäß den ZTV durchführen, um die Güteeigenschaften der Baustoffe, der Baustoffgemische und fertigen Leistungen auf Anfrage nachzuweisen zu können.

1.10 Ortsbesichtigung

Um die Baustelle mit Ihren Eigenheiten beurteilen zu können, wird empfohlen, eine Ortsbesichtigung durchzuführen, insbesondere für den Anschluss an den Bestand. Die Verkehrsanlagen sind für die Öffentlichkeit frei zugänglich, so dass die Ortsbegehung vom Bieter in Eigenregie und ohne Beteiligung des Auftraggebers erfolgen kann.

Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Angebotes von der Örtlichkeit Kenntnis erlangt zu haben und alle sich daraus ergebenden Kosten hinsichtlich der Verfahrensweisen, Materialzulieferungen, Montagetechniken etc. in seinem Angebot berücksichtigt zu haben. Nachforderungen des AN, die auf Grund mangelnder Kenntnisse über die Örtlichkeit entstehen, sind ausgeschlossen.

1.11 Nicht erwähnte und unvorhergesehene Leistungen

Die in den Vorbemerkungen beschriebenen Leistungen sind in die Einheitspreise der entsprechenden Positionen einzukalkulieren, sofern sie nicht gesondert im LV als Positionen ausgewiesen sind.

Falls in den Vorbemerkungen und im Leistungsverzeichnis wesentliche Bauleistungen zur gebrauchsfertigen Erstellung der Baumaßnahme unerwähnt sind, hat der AN dies in den Einheitspreisen mit einzukalkulieren.

Fallen in Gewerken, in denen keine entsprechenden Einheitspreise vorliegen, unvorhergesehene Leistungen an, so gelten, falls in anderen Gewerken des Leistungsverzeichnisses vorhanden, die Einheitspreise der entsprechenden Positionen.

1.12 Schnittstellenklärung

Mit Angebotsöffnung und Submission, Prüfung und Bewertung aller Angebote kommt es aufgrund der vorangegangenen Ausschreibung zur Beauftragung von zwei unterschiedlichen Unternehmen. In diesem Fall ist zwingend ein Schnittstellengespräch aller Bieter unter Teilnahme des AG und seiner Erfüllungsgehilfen zu führen und zu dokumentieren. Insbesondere wird ein gemeinsamer Rahmenterminplan festgelegt und die Teilabnahme der vorhergehenden Leistung der Bieter untereinander geklärt, um gegenseitige Rügen oder

Bauverzögerungen durch Stillzeiten mit Kostenforderungen und Nachträgen gegenüber dem AG zu tilgen. Ansprüche bestehen dann nicht mehr.

1.13 Sonstiges

Der Bauleiter des AN und seine Vertreter sind sofort nach Auftragserteilung unaufgefordert schriftlich zu benennen. Jeder Wechsel verantwortlicher Personen ist sofort dem AG und der bauüberwachenden Stelle mitzuteilen.

Die Bauleitung und weiteres erforderliches Personal des AN nehmen an den vom AG angesetzten Baubesprechungen teil. Der personelle Aufwand einer wöchentlichen Baubesprechung beim AG ist zu berücksichtigen und in die Einheitspreise mit einzukalkulieren.

Auf der Baustelle muss während der Bauarbeiten ständig ein Verantwortlicher, der deutschen Sprache in Wort und Schrift kundiger Polier oder Schachtmeister anwesend sein.

2. Vertragsgrundlagen

2.1 Vertragsbedingungen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

- Das Bietergesprächsprotokoll (soweit vorhanden)
- Das Angebot des Auftragnehmers
- Die Bedingungen dieses Vergabeverfahrens (sämtliche Vergabeunterlagen), sowie die gesamte Bieterkommunikation
- Die „Allgemeine Vertragsbedingungen für Bauleistungen der rnv GmbH“

2.2 Auftrag und Auftragsbestätigung

Änderungen des vereinbarten Leistungsumfanges werden nur verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen und mit einer Bestellung bestätigt werden.

Der AN hat keinen Anspruch auf Auftragsausführung der Bedarfspositionen, wenn diese nicht schriftlich vereinbart und mittels Bestellung hierzu aufgefordert werden.

3. Angaben zur Baustelle

3.1 Lage der Baustelle

Die Baumaßnahme befindet sich in Nähe zur Innenstadt Mannheim.

Das neue Spritzschutzgeländer umfasst die Zuwegung im Bogen. Der Spritzschutz & Geländer sind in Ort betonweise (mit Einzelfundamente unter Gelände-OK +150 mm) zu erstellen. Der Bahnsteig besitzt einen starken Bogen/ Krümmung und ist beidseitig von einer jeweils hoch frequentierten 2-spurigen Straße mit innenliegender Gleislage eingebettet.

Die notwendigen Mengen und Pfostenarten können in den Anlagen (Ausführungsplanung mit Stückliste) entnommen werden.

Im Rahmen eines Pilotprojekts wurde der eigentliche Haltestellenbereich bereits mit Spritzschutzgeländer des Typs Flachstahl erneuert.



Abbildung 2: Bestandsgeländer und Bogenbereich der Haltestelle „Planetarium“



Abbildung 3: Hast. „Planetarium“ stadtauswärts – Pilotprojekt Flachstahl (bleibt erhalten)



Abbildung 4: Hast. „Planetarium“ stadteinwärts Anschluss Pilotprojekt-Altbestand (zu ersetzen)

3.2 Beschreibung der Leistung/ Gesamtmaßnahme

3.2.1 Baustelleneinrichtung und Lagerflächen

Der ursprüngliche Zustand von Straße und Wegen, Plätze etc., die im Rahmen der Baudurchführung genutzt werden, ist nach Ende der Bauarbeiten durch den Auftragnehmer zu seinen Lasten wieder herzustellen.

Werden in unmittelbarer Nähe von Bäumen Lagerflächen genutzt, sind diese Bäume durch entsprechende und vorher mit dem zuständigen Fachbereich abgestimmte Baumschutzmaßnahmen zu schützen.

Der AN hat etwaige durch seinen Betrieb bzw. die Andienung seiner Baustelle bedingte Verunreinigungen von Verkehrsflächen möglichst zu vermeiden und entstandene Verschmutzungen unverzüglich zu beseitigen. Während der Bauzeit ist die Baustelleneinrichtung in einem ordnungsgemäßen und sauberen Zustand zu halten und vor unbefugtem Zutritt zu schützen.

Die genutzten Flächen sind nach Beendigung der Arbeiten im ursprünglichen Zustand zu hinterlassen, zwischengelagertes Material ist zum Ende der Maßnahme umgehend durch den AN zu beseitigen.

Weitere Lager- und Arbeitsplätze sowie weitere ggf. benötigte Flächen hat sich der AN in Abstimmung mit den Verkehrsbehörden selbst zu beschaffen. Die anfallenden Kosten gehen zu Lasten des AN und sind in die Einheitspreise der entsprechenden Positionen einzukalkulieren.

3.2.2 Pflaster- & Tiefbauarbeiten inkl. Verkehrssicherung und Nebenkosten

3.2.2.1 Verkehrssicherung

Die hindernden Auswirkungen durch die Bauausführung auf den Individualverkehr sind auf ein unumgängliches Mindestmaß zu begrenzen.

Die Absperrung und Kennzeichnung der Arbeitsstellen muss den Vorschriften der StVO, den Richtlinien für die „Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA-2021) sowie den ZTV-SA 1997 entsprechen.

Für die Aufstellung, Verwaltung und Bedienung der Verkehrszeichen gelten die Richtlinien für die Kennzeichnung und die Verkehrsregelung an Bau- und Vermessungsstellen an öffentlichen Straßen.

Die Verkehrssicherung wird durch den AN gestellt.

Der Auftragnehmer hat sich um die Einholung einer verkehrsrechtlichen Anordnung bei der Verkehrsbehörde der Stadt Mannheim zu kümmern und diese zu erwirken. Hierzu bedarf er der Qualifikation der RSA-Schulung nach MV AS 99 oder bedient sich eines Subunternehmers. Seitens AG werden dem AN zur Kalkulation Verkehrslenkungspläne übermittelt.

Eine Abstimmung seitens AG mit der Verkehrsbehörde und Polizeibehörde zur Vorstellung der Gesamtmaßnahme hat stattgefunden, wird jedoch analog dem zu erstellenden Rahmenterminplan erneut anvisiert und übermittelt.

Besonders zu beachten ist, dass die Verkehrssicherungen / Sperrungen einer Fahrbahn, angrenzend an die Haltestellen **nur von 9:00 bis 15:00 Uhr von der Verkehrsbehörde im Stadtbereich gestattet wird**. Das tägliche Aufbauen und Abräumen sind mit den Einheitspreisen einzukalkulieren.

Des Weiteren ist eine Abstimmung mit der rnv Fahrdienstleitung (Leitstelle) zur Durchführung der Arbeiten zwingend erforderlich und in den Bauzeitenplan mit einzuarbeiten. Die Zuwegung kann zeitlich befristet in Rücksprache mit der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH geschlossen werden, sofern eine andere barrierefreie Zuwegung erhalten bleibt.

Aufgrund der mit 750 Volt Gleichspannung betriebenen Oberleitung, müssen jegliche Absperrschranken aus nicht-leitfähigem Material bestehen. Zur Abgrenzung der Baumaßnahme zu den Fahrgästen werden TL-Schranken / Abschränkungen über die gesamte erforderliche Länge während der Bauzeit aufgestellt. Alle erforderlichen Verkehrszeichen zur Sperrung und Sicherung der Maßnahme sind gemäß RSA 21 in den Einheitspreis der Position Verkehrssicherung mit einzukalkulieren.

Wichtig: Die Verkehrssicherung ist vom Bieter für die gesamte Dauer der Maßnahme -nicht nur für seine eigene Leistung- zu erbringen und vorzuhalten.

3.2.2.2 Abbruch

Zur Aufstellung des neuen Spritzschutzes und Geländer ist es erforderlich den Altbestand von Spritzschutz und Geländer zurückzubauen. Im Rahmen des Abbruchs sind die Fundamente als Altlast abzubrechen und fachgerecht abzufahren/ entsorgen. Bei Freilegung von Fundamenten von Fahrleitungsmasten ist der AG oder seine Erfüllungsgehilfen zu informieren, da diese Fundamente zu schützen sind und aus statischer Sicht nicht abgebrochen werden dürfen. Eine Zuwiderhandlung kann zum Versagen des statischen Fahrleitungssystems führen.

Das Rundholmgeländer und Altglas ist ebenfalls zu entsorgen. Nebenabsprachen mit dem AG von wiederverwertbarem Material kann getroffen werden. Der Schrotterlös muss aufgrund unterschiedlicher steuerlicher Behandlung vom AN gesondert als Gutschrift an die Muttergesellschaften (MV Mannheimer Verkehr GmbH) gemäß Formblatt in den Anlagen erstellt werden. Eine Verrechnung mit den Einheitspreisen der Bauleistung ist nicht zulässig.

3.2.2.3 Oberflächen

Für die Fundamentherstellung ist der Oberflächenbelag aufzunehmen und auf Paletten in der Baustelleneinrichtung bis zum Wiedereinbau zu lagern. Der Bestand weist verschiedene Oberflächentypen, wie Kopfsteinpflaster, Betonsteinpflaster oder Asphalt auf. Das An- und Abfahren des ausgebauten Materials zur BE ist mit in den Einheitspreis zu kalkulieren. Asphalt und nicht wieder verwendbare Stoffe gehen in Eigentum des AN über und sind mit entsprechenden Nachweisen zu entsorgen. Die Lagermöglichkeiten auf dem Haltestellenbereich sind nur begrenzt verfügbar.

3.2.2.4 Fundamentierung

Die Herstellung der Fundamente sind als unbewehrte Einzel- oder Blockfundamente im Untergrund als C30/37 XC2, XD1, XF1 in den Abmessungen 0,80 x 0,70 x 0,90 m (HxBxL) gemäß Ausführungsplanung

herzustellen. Abweichungen aufgrund örtlicher Gegebenheiten sind möglich. Die Erstellung von Streifenfundamenten ist nicht zulässig.

Die Verwendung von Zusatzstoffen zur Schnellabbindung des Betons sind zulässig.

3.2.2.5 Unterspritzung von Pfosten

Im Rahmen der Montage des Spritzschutzgeländers auf die Fundamente +150 mm unter Belag, kommt es aufgrund Bautoleranzen vor, dass zwischen der Pfosten-Fußplatte und dem Fundament sich eine Lücke ergibt. Diese Leistung ist vom AN kraftschlüssig mit Vollmaterial (siehe LV-Position) auszuführen. Ein Lückenschluss mit Sand, Kies oder Splitt ist unzulässig, da das Gewicht sonst ausschließlich über die Ankerstangen getragen würde. Der Bieter hat dies vor Deckenschluss zu kontrollieren. AN hat vor Ausführung der Arbeiten eine Freimeldung durch Bieter Metallbau einzuholen und eine Sichtabnahme ist durchzuführen mit dem AG oder seinen beauftragten Dritten durchzuführen.

3.2.2.6 Deckenschluss

Nach der Fertigstellung der Fundamente ist der Spritzschutz und das Geländer aufzustellen. Die Koordination eines begleitenden Deckenschlusses der Oberflächen, um die neuen Pfosten zu schließen liegt in Zuständigkeit des AN. Die Vorhaltekosten für die Verkehrssicherung obliegen entsprechend dem AN (wie z.B. Wartezeiten) und sind diese in die Einheitspreise mit einzukalkulieren.

Die Stützen selbst sind mittels Kleingranitpflaster (Mosaik) analog dem Gestaltungshandbuch der Stadt Mannheim im Pfostenbereich rechteckig zu schließen und Spalten einzuschlämmen. Der abwärts gefahrene oder seitlich gelagerte Bestand ist wieder einzubauen und bei Bedarf zu ersetzen.

3.3 Ver- und Entsorgungsleistungen, Kabel

Im Bereich der Baumaßnahme sind Leitungen folgender Leitungsträger zu erwarten:

- Versorgungsleitungen (MVV, EnBW)
- Telekom
- Leitungen der Verkehrstechnik
- Entwässerungsleitungen
- Und weitere Träger öffentlicher Belange

Der Auftragnehmer kann aus dieser Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit ableiten.

Er muss seiner Leitungserhebungspflicht vor Baubeginn nachkommen.

Die Beschaffung der notwendigen Anschlüsse ist Sache des AN. Die notwendigen Vereinbarungen mit den zuständigen Ämtern und Versorgungsunternehmen trifft der AN in eigener Zuständigkeit zu seinen Lasten.

3.4 Schutz von Vermessungspunkten und Grenzzeichen

Das zuständige Vermessungsamt ist, wenn erforderlich, vor Beginn der Baumaßnahme zu unterrichten, so dass ggf. gefährdete Vermessungspunkte und Grenzzeichen gesichert werden können. Die vorhandenen Grenzsteine und Vermessungspunkte dürfen in Lage und Höhe nicht verändert werden.

Sollten Vermessungspunkte baubedingt rückgebaut bzw. aufgenommen werden müssen, ist die örtliche BÜ davon in Kenntnis zu setzen und das zuständige Vermessungsamt zu informieren.

3.5 Bodenverhältnisse

Der ausschreibenden Stelle, liegt kein Bodengutachten des Bestandes vor. Es ist mit den Bodenklassen 3-5 zu rechnen. Im Boden befinden sich Altfundamente des Bestandsspritzschutzes.

Bei Freilegung von Fundamenten von Fahrleitungsmasten ist der AG zu informieren, da diese Fundamente zu schützen sind und aus statischer Sicht nicht verändert werden dürfen. Eine Zuwiderhandlung kann zum Versagen des statischen Fahrleitungssystems führen.

Besondere Annahmekriterien des Entsorgers und damit bedingte weitere Analysen gehen zu Lasten des bauausführenden Unternehmens und sind in die Einheitspreise entsprechend einzurechnen.

Der Aushub ist in der unteren Lage vor Kopf mit einem Baggerlöffel ohne Zähne – also mit Schneide – vorzunehmen. Auflockerungen des anstehenden Bodens sind zu vermeiden.

3.6 Erdarbeiten / Entsorgung

Die Entsorgung der Stoffe hat gemäß den gesetzlichen Bestimmungen, u.a. gemäß KrW- /AbfG zu erfolgen. Soweit im LV nichts anderes bestimmt ist, sind Deponiegebühren stets in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Der Auftragnehmer fungiert als Abfallerzeuger. Er übernimmt die durch seine Tätigkeit anfallenden Abfälle in sein Eigentum – er wird Abfallbesitzer. Damit obliegen ihm alle abfallrechtlichen Verpflichtungen bezüglich der ordnungsgemäßen Entsorgung. Der Entsorgungsweg des AN ist dem AG vor der Entsorgung zur Kenntnis vorzulegen; bei nachweispflichtigen Abfällen erhält der AG eine Kopie des Entsorgungsnachweises. Zur Verbleibkontrolle erhält der AG je nach Überwachungsbedürftigkeit der Abfälle Kopien aller Begleit- bzw. Übernahme- oder Wiegescheine. Die Scheine sind dem AG fortlaufend zeitnah zu übergeben.

Die durch die zuständigen Behörden erteilten Genehmigungen inklusive Annahme-Grenzwerte des jeweiligen Entsorgungsbetriebes sind beizufügen. Ist der Entsorgungsbetrieb als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert, so ist eine entsprechende Kopie des aktuellen Zertifikates beizufügen. Abfallrechtliche Transportgenehmigungen des Transporteurs sind ebenso dem Angebot beizufügen.

Erforderliche Entsorgungsnachweise sind dem AG vor Baubeginn zur Kenntnis vorzulegen. Übernahme- bzw. Begleitscheine sind von der örtlichen BÜ zu bestätigen.

Soweit aus den Entsorgungsnachweisen der Endverbleib der Abfälle nicht ersichtlich ist, sind diese offen zu legen und zu dokumentieren.

3.7 Leistungen Dritter im Baufeld

Folgende Leistungen können von den jeweiligen Baulast- und Leitungsträgern mit beauftragten Dritten im Zuge der Baudurchführung parallel zu den Arbeiten des AN ausgeführt.

- Metallbauer/ Schlosser
- Unvorhergesehene Notfallmaßnahmen bei Betriebsstörungen, insbesondere Schächten
- Gleisbettreinigung nebst dem laufenden Fahrbetrieb
- Sonstige

4. Angaben zur Ausführung

4.1 Allgemeine Beschreibung zur Ausführung

Die durchzuführenden Arbeiten sind mit Dritten Beteiligten des AG zu koordinieren und in einem Bauablaufplan darzustellen. Die Besprechungstermine erfolgen über die BOL des AG.

Die Bautätigkeiten erfolgen im laufenden Betrieb und es ist mit hohem Fahrgastaufkommen im Haltestellenbereich zu rechnen. Auch steht das Baufeld für eine Baustelleneinrichtung nur eingeschränkt zur Verfügung.

Die Aufrechterhaltung des Fahrbetriebes geht allen Belangen vor.

Die Einschränkungen auf den Bahnsteigen darf nur mit Genehmigung der RNV umgesetzt werden.

Die Durchgangsbreite für die Fahrgäste (Rollstuhlfahrer, Kinderwagen etc.) Ist jederzeit zu gewährleisten.

4.2 Durchführung der Arbeiten

Der jeweilige Auftragnehmer hat sich durch seinen SAKRA vor Beginn der Arbeiten am Arbeitstag (AT) bei dem zuständigen Projektleiter und vor allem der Leitstelle der RNV in der Möhlstraße in Mannheim anzumelden und nach Beendigung der Arbeiten am AT wieder abzumelden.

Leitstelle rnv, Stadtgebiet Mannheim:

Tel. Nr. 0621/ 465-1444

Bei nicht erfolgter Anmeldung bei der Leitstelle und beim Projektleiter, behält sich der Auftraggeber vor, die Baustelle zu Lasten des AN einzustellen. Der AN darf ohne Freigabe durch die Anmeldung nicht im Baufeld tätig werden, da er sonst durch sein grob fahrlässiges Handeln zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Eine Sicherheitsaufsichtskraft ist zur Durchführung der Maßnahme zwingend täglich erforderlich, sollte kein Sakra vor Ort sein sind die Arbeiten einzustellen.

Der Bauleiter und der Obermonteur sind dem Auftraggeber (AG) vor Baubeginn zu benennen. Im Interesse der Sicherheit ist die Baustellensprache Deutsch. Sämtliches einzusetzendes Personal muss somit über ausreichende Sprachkenntnisse in Wort und Schrift verfügen.

Die ausführende Fachfirma muss dem AG vorweisen, dass sie gleichwertige Anlagen bzw. vergleichbare Projekte in der Vergangenheit erfolgreich geliefert und installiert bzw. durchgeführt hat.

Die Bauleitung des AN hat bei Bedarf oder wenn gefordert, jeden Tag ca. 30 Minuten zur Abstimmung der Arbeiten mit der Bauoberleitung des AG einzukalkulieren.

Die Bauleitung und der bauleitende Monteur ist mit einem Mobilfunktelefon auszustatten. Weiterhin sind vom AN wöchentlich mindestens 2 Ingenieurstunden, zusätzlich zur Tagesabstimmung, für grundsätzliche Abstimmungen vorzuhalten. Die Kommunikation zwischen AG und AN erfolgt vorzugsweise schriftlich.

Es ist vom AN ein Bautagebuch zu führen, aus dem die jeweils erbrachten Leistungen ersichtlich sind. Das Bautagebuch ist mindestens wöchentlich der Bauüberwachung oder Bauleitung zur Unterschrift vorzulegen.

Es gelten analog zur VOB/C zur Unfallverhütung die Vorschriften und Regelwerke der RNV, insbesondere jedoch die folgenden Regeln der UVV:

- GUV-V D33 (alt GUV 5.7), Arbeiten im Bereich von Gleisen
- GUV-R 2150 (alt GUV 15.2), Sicherungsmaßnahmen bei Arbeiten im Gleisbereich von Eisenbahnen
- GUV-V A1 (alt GUV 0.1) UVV Allgemeine Vorschriften
- GUV-V A2 (alt GUV 2.10) UVV Elektrische Anlagen und Betriebsmittel

Weiterführende, hier nicht aufgeführte, Vorschriften und Richtlinien sind durch den AN zu beachten.

Der AN ist verpflichtet, seine auf Auftraggeber Gebiet tätigen Betriebsangehörigen und alle anderen Personen, derer er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistung bedient (Erfüllungsgehilfen), jeweils vor Aufnahme ihrer Arbeit so zu unterweisen, dass sie über in Betracht kommende Unfallgefahren des Bahnbetriebs und über Schutzmaßnahmen ausreichend unterrichtet sind. Der AN hat für seine tätigen Betriebsangehörigen Warnkleidung zur Verfügung zu stellen, welche bei Arbeiten im Gleisbereich zu tragen ist.

Der AN muss seine Betriebsangehörigen und alle anderen auf Auftragsgebiet tätigen Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistung bedient (Erfüllungsgehilfen) anhalten, die Anweisungen der Bauüberwachung und Sicherheitsüberwachung und die Anweisungen der für den Bahnbetrieb zuständigen Stelle sowie des Sicherheitspersonals zu befolgen. Zuwiderhandelnde sind sofort von der Baustelle/Arbeitsfeld zu entfernen. Verstößt der AN trotz wiederholter Mahnung gegen diese Pflichten, so darf ihm der Auftrag entzogen werden, ohne dass es der Bestimmung einer Frist bedarf. Wird der Auftrag entzogen, dann beschränkt sich der Honoraranspruch des AN auf den bis dahin erbrachten und nachgewiesenen Leistungsanteil. Der AG ist berechtigt, den noch nicht vollendeten Teil der Leistung zu Lasten des AN selbst durchzuführen oder durch einen Dritten ausführen zu lassen. Ansprüche des AG auf Ersatz eines entstehenden weiteren Schadens bleiben unberührt. Der AG ist auch berechtigt auf die weitere Ausführung zu verzichten, wenn aus den zum Auftragsentzug führenden Gründen kein Interesse mehr für ihn besteht. Alle zur Durchführung der Arbeiten erforderlichen Werkzeuge, Maschinen, Montagehilfsmaterialien, Baustelleneinrichtungen, Absperrungen, Lager und Fahrzeuge (Hubarbeitsbühnen, Steiger, usw.) sind vom AN zu stellen.

Der AN ist auch zuständig für die ordnungsgemäße Beladung, den Transport, die Entladung, die Verpackung (einschließlich deren fachgerechte Entsorgung) überschüssigen Material, sowie die Einbringung aller zu liefernden Gewerken.

Diese Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Erfordernis, Umfang und Kosten von Maßnahmen für die Verkehrssicherung, Verkehrslenkung und Sondernutzung von öffentlichem Grund sind Sache des AN.

Sofern erforderlich oder von den zuständigen Stellen angeordnet, sind dann alle notwendigen Beantragungen, Gebühren und Maßnahmen durch den AN zu erbringen.

Es muss gewährleistet sein, dass der Straßenbahnverkehr immer uneingeschränkt aufrecht erhalten bleibt. Es ist davon auszugehen, dass alle Arbeiten im Sicherheitsbereich der Gleise liegen, deshalb muss immer mit Sicherheitsposten gearbeitet werden. Die Kosten sind gemäß den Positionen abzurechnen.

Es ist davon auszugehen, dass die notwendigen Tiefbau- und Montagearbeiten im Bereich der Haltestelle unter hohem Fahrgastaufkommen stattfinden wird.

Eine sichere Fußgängerführung ist während der gesamten Baumaßnahme durch geeignetes Material und Personal zu gewährleisten.

Es wird darauf hingewiesen, dass sämtliche Tiefbau- in beengten Baufeldern im Bereich der Haltestellen unmittelbar neben den Gleisen mit der Fahrleitung und deren Verspannungen durchzuführen sind. Sämtliche zum Lieferumfang gehörenden Teile sind betriebsfertig zu montieren. Während der Montage sind die Arbeitsstellen regelmäßig durch das Montagepersonal des AN zu reinigen.

Erfordernis, Umfang und Kosten von Aufwendungen für Einhaltung der Vorschriften für Schutzmaßnahmen bei Arbeiten an/auf Grünflächen bzw. Vegetation nach DIN 18920 sowie des zuständigen Grünflächenamtes sind vom AN vor Angebotsabgabe zu klären.

Sofern erforderlich oder von den zuständigen Stellen angeordnet, sind dann alle notwendigen Beantragungen, Gebühren und Maßnahmen durch den AN zu erbringen.

Reisekosten, Auslösungen und Spesen sowie Aufwendungen für Über-, Nacht-, Feiertags- und Wochenendstunden werden nicht gesondert erstattet.

Alle in diesem Abschnitt angegebenen Aufwendungen, Baunebenleistungen etc. sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

4.3 Rahmentermine

Ausführung:	Verkehrssicherung, Tiefbau gesamtheitlich
Gesamtbauzeit:	10 Wochen, davon 4 Wochen Produktion Metallbau und 6 Wochen Bauphase.
Beginn der Leistungen:	Nach Zuschlagserteilung innerhalb von 2 Wochen, Materialanschaffung und -vorhaltung und verkehrsrechtliche Genehmigung
Geplanter Baubeginn:	01.09.2025
Ende der Leistungen:	10.10.2025

4.3.1 Terminverzögerungen

Bei erkennbarer Verzögerung einer Leistung ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen und dessen Entscheidung über das weitere Vorgehen einzuholen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer einen erhöhten Personaleinsatz, den Einsatz qualifizierten Personals oder Überstunden an Werk-, Sonn- und Feiertagen zu verlangen, wenn abzusehen ist, dass die vorgegebenen Termine nicht eingehalten werden oder die Einhaltung des Terminplans wegen nicht ausreichender Qualifikation des eingesetzten Personals gefährdet ist.

4.3.2 Besondere Erschwernisse

Bei der Ausführung der Leistung sind insbesondere folgende Erschwernisse zu berücksichtigen und in die entsprechenden Pos. einzurechnen:

- Erschwernisse durch öffentlichen Fußgängerverkehr im Haltestellenbereich
- Erschwernisse durch hohen Straßenbahn- und Busverkehr, sowie Individualverkehr
- Erschwernisse durch parallellaufende Tätigkeiten Dritter
- Ausführung von Tiefbauarbeiten unter stromführender Fahrleitung
- Erschwernisse durch verlegte, im Betrieb befindliche Kabel und Leitungen, welche nicht in Bestandsplänen verzeichnet sind. Dasselbe gilt für alte Baulasten
- Erschwernisse durch zu erhaltende Bausubstanz im Baubereich: Abgrenzung zum angrenzenden, öffentlichen Straßenraum
- Anfahrt/ Anlieferung des Baufeldes aufgrund örtlicher Lage

4.4 Arbeitsstellenbeleuchtung

Die Arbeitsstellenbeleuchtung bei Nachtarbeiten bzw. im Winter ist grundsätzlich Sache des AN und in die EP der betreffenden Positionen einzurechnen. Die Leistung umfasst das Aufstellen, Betreiben und ggf. Umsetzen der Beleuchtung im Zuge des Baufortschrittes sowie das Abbauen der Beleuchtungsanlagen nach Wahl des AN.

4.5 Ladearbeiten, Baugeräte

Für Ladearbeiten erforderliches Hebezeug hat der AN zu stellen und in die EP der entsprechenden Positionen einzurechnen.

Das Hebezeug muss zum Schutz von Arbeiten unter Bahnstromanlagen unbedingt mit Hubbegrenzung ausgestattet sein.

4.6 Staub- und Lärmentwicklung

Der AN ist verpflichtet, die Staub - und Lärmentwicklung durch entsprechende Vorkehrungen so weit wie möglich zu minimieren. Dies gilt insbesondere für Nacht – und Wochenendarbeiten im Bereich von Wohnbebauungen.

Die allgemeine Verwaltungsvorschrift (AVV) Baulärm ist innerhalb der Ortslage einzuhalten. Die sich hieraus ergebenden Kosten sind in die entsprechenden EP einzurechnen.

4.7 Sicherheitsaufsichtskraft (Sakra)

Als Sakra dürfen nur solche Personen in der Funktion als Sakra oder SiPo eingesetzt werden, die entsprechende persönliches Ausrüstung verfügen und über eine aktuelle Zulassung als solche verfügen. Diese Zulassung ist vor Baubeginn von der BÜ zu überprüfen, siehe hierzu „Sicherungsstellen für den Schienenverkehr“ entsprechend den Anforderungen der Unfallverhütungsvorschrift und Ausbildung.

Die Abrechnung der Sakra-Leistungen erfolgt in den entsprechenden Positionen. Die Stundenzettel sind wöchentlich der örtlichen Bauleitung vorzulegen und bestätigen zu lassen.

Es muss gewährleistet sein, dass der Straßenbahnverkehr uneingeschränkt aufrecht erhalten bleibt, ausgenommen von den mit der Dienststelle des AG vereinbarten Abstimmungen. Es ist davon auszugehen, dass alle Arbeiten im Sicherheitsbereich der Gleise liegen und somit immer mit einer Sicherheitsaufsichtskraft gearbeitet werden muss.

Bei räumlicher Trennung durch beispielsweise Bearbeitung zweier Zuwegungen an unterschiedlicher Stelle sind entsprechend zwei Sicherungsstellen erforderlich.

4.8 Material und sonstige Geräte

Im LV werden teilweise Vorzugsmaterialien oder Geräte ohne Marken, oder Herstellermerkmalen lediglich zur Orientierungshilfe angegeben. Positionen ohne besonderen Vermerk sind immer mit Lieferung und Montage anzubieten.

Bei Positionen mit der Vorgabe eines Leitfabrikates/-typs gilt grundsätzlich der Zusatz „oder gleichwertig“, auch wenn dieser im Einzelnen nicht angegeben ist.

Wird vom AN im Angebot kein Hinweis auf den angebotenen Typ/Fabrikat in die vorgesehenen Zeilen bzw. als Anlage vermerkt, gilt das Leitfabrikat als angeboten. Zu sämtlichen vom Leitfabrikat abweichenden, im Angebot eingetragenen Typen und

Fabrikaten, sind schon mit dem Angebot technische Unterlagen abzugeben, welche den Nachweis der Gleichwertigkeit darstellen und erkennen lassen.

Vor der Materialbestellung ist grundsätzlich eine Rücksprache erforderlich. Vor dem Aufbau der Anlagen sind vor Baubeginn Material- und Gerätelisten, Konstruktionspläne und Systembezeichnungen dem AG zwecks Genehmigung vorzulegen.

Die Dokumentation ist in digitaler Form (dgn, dxf, oder dwg) sowie als pdf zu liefern.

Die Kosten für die Auftragnehmer spezifischen Herstellungsplanungen der einzelnen Gewerke, einschließlich der Revision der Unterlagen, sind in die Einheitspreise einzurechnen, sofern diese nicht im LV anzugeben sind.

4.9 Zusätzliche Technische Vorschriften, Richtlinien und Merkblätter

Außer den im Leistungsverzeichnis genannten Technischen Regeln gelten insbesondere nachstehende Vorschriften und DIN-Blätter mit zugehörigen Teilen, Anhängen, Ergänzungen, Berichtigungsblättern, Beiblättern usw. sowie Merkblättern, Anweisungen, Richtlinien und Bestimmungen in der jeweils gültigen Fassung.

Die in den aufgeführten ZTV genannten technischen Lieferbedingungen (TL) werden nicht gesondert aufgeführt.

OR/OR-Z (VDV 600)	Oberbaurichtlinien und Oberbau- Zusatzrichtlinien des VDV für Bahnen nach der BO-Strab, August 2018
DGUV Vorschrift 77	Unfallverhütungsvorschrift Arbeiten im Bereich von Gleisen
DGUV Vorschrift 78	Arbeiten unter Spannung an elektrischen Anlagen und Betriebsmitteln – Unfallverhütungsvorschrift
BOStrab	Straßenbau-, Bau- und Betriebsordnung
RAS-LP	Richtlinien für die Anlagen von Straßen, Teil: Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Ausgabe 1999 (RAS-LP 4)
RSA 21	Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen, Ausgabe 2021
RuA-StB 01/05	Richtlinien für die umweltverträgliche Anwendung von industriellen Nebenprodukten und Recyclingbaustoffen im Straßenbau, Ausgabe 2005
ZTVA-StB 12	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen, (Ausgabe 2012)
ZTVE-StB 17	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau Ausgabe 2017

ZTV Ew-StB 14	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau, Ausgabe 2014
ZTV La-StB 18	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2018
ZTV SoB-StB 20	Zusätzliche Technische Vorschriften und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2022
ZTV P-StB 20	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Pflasterdecken und Plattenbelägen, Ausgabe 2020
ZTV Fug-StB 15	Zusätzliche Technische Vorschriften und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen, Ausgabe 2015
ZTV-SA 97	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen Ausgabe 1997, Änderung 1999
ZTV-Verm-StB 01	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauvermessung im Straßen- und Brückenbau, Ausgabe 2001
ZTV-M 02	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen, Ausgabe 2002
TL-M 06	Technische Lieferbedingungen für Markierungsmaterialien, Ausgabe 2006
M FP	Merkblatt für Flächenbefestigungen mit Pflasterdecken und Plattenbelägen in ungebundener Ausführung sowie für Einfassungen, Ausgabe 2015
Merkblatt	Verdichtung des Untergrundes und Unterbaues im Straßenbau, Ausgabe 2003
TP Gestein-StB	Technische Prüfvorschriften für Gesteins-körnungen im Straßenbau, Ausgabe 2008

Leistungsverzeichnis

(mit Langtext)

über

**M 288 Spritzschutz an Haltestelle
Planetarium (Gleisbogen) Tiefbau 2025**

02.07.2025

Ingenieurbüro Proteam GmbH

Am Weidenschlag 5

67071 Ludwigshafen

Tel.:

Fax:

Projekt: M288 HST Planetarium (Gleisbogen) 2025 - Los 1 Tiefbau

Ausschreibungs-LV

Langtext: Rechtsverbindliche Positionsbeschreibung

Inhaltsverzeichnis

(Mit klicken auf die Seitenzahl gelangen Sie zum Abschnitt)

Inhaltsverzeichnis

1	HST Planetarium (Gleisbogen) Tiefbau 2025	3
1.1	Tiefbau 2025	3
1.1.1	Baustelleneinrichtung und Sicherung	3
1.1.2	Oberflächen.....	10
1.1.3	Haltestelleneinrichtungen.....	13
1.1.4	Bodenaushub, Leerrohre	16
	Zusammenstellung Gewerk 1.1 Tiefbau 2025.....	23
	Zusammenstellung Los 1 HST Planetarium (Gleisbogen) Tiefbau 2025	24
	Gesamtzusammenstellung M 288 Spritzschutz an Haltestelle Planetarium (Gleisbogen) Tiefbau 2025 ..	25

1 HST Planetarium (Gleisbogen) Tiefbau 2025

1.1 Tiefbau 2025

1.1.1 Baustelleneinrichtung und Sicherung

1.1.1.10 Baustelleneinrichtung

**Die Baustelleneinrichtung ist für die gesamte Maßnahme:
Tief- und Metallbau zu kalkulieren.**

Baustelle einrichten, Flächen beschaffen. Großgeräte, Werkzeuge, Baustromverteiler, Mannschafts- und Materialwagen, die zur vertragsmäßigen Durchführung der Bauleistungen erforderlich sind, auf die Baustelle bringen, bereitstellen, und soweit der Geräteeinsatz nicht gesondert berechnet wird- betriebsfähig aufstellen und vorhalten, einschließlich der dafür notwendigen Arbeiten, falls erforderlich verfahren, nach Beendigung der Baumaßnahme wieder abtransportieren. Die erforderlichen festen Anlagen herstellen. Sanitäranlagen und dgl., soweit erforderlich, antransportieren, aufbauen und einrichten. Die Umzäunung sämtlicher Baustelleneinrichtungsflächen während der gesamten Bauzeit inkl. erforderlicher Tore für Baustellenverkehr mit Bauzäunen aus Stabgittermatten oder gleichwertig (inkl. Verschraubung) ist in der Pauschale enthalten und wird nicht gesondert vergütet.

Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen sowie Aufstell- oder Lagerplätze hat der AN ohne zusätzliche Vergütung selbst zu beschaffen. Mit der Pauschale ist der gesamte Bauzeitraum abgegolten. Bei Bedarf zusätzliche Platzbefestigungen und Wege im Bereich der Baustelleneinrichtung und sämtlicher Lagerflächen anlegen. Oberbodenarbeiten einschließlich Beseitigungen von Aufwuchs ausführen.

Kosten für Unterhalten und Betreiben der Geräte, Anlagen und Einrichtungen einschl. Mieten, Pacht, Gebühren und dgl. werden nicht mit dieser Pauschale, sondern mit den Einheitspreisen der betreffenden Teilleistungen vergütet, soweit nicht für bestimmte Leistungen für das Einrichten der Baustelle gesonderte Positionen im Leistungsverzeichnis enthalten sind.

Einzukalkulieren sind alle erforderlichen Einrichtungen

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
für den Umbau der Haltestelle, einschließlich Mehrfacheinrichtungen für das zeitversetzte Herstellen des Spritzschutzgeländers und schließen der Pflasterfläche.				
Abrechnungseinheit 1 psch.				
	1	Stück
1.1.1.20	Baustelle räumen			
Das Räumen der Baustellen ist für die gesamte Maßnahme: Tief- und Metallbau zu kalkulieren.				
Baustelle von allen Geräten, Anlagen, Einrichtungen und dgl. (sämtliche Leistungen der Position "Baustelle einrichten") räumen. Benutzte Flächen und Wege entsprechend dem ursprünglichen Zustand und unter Wahrung der landschaftspflegerischen Belange ordnungsgemäß herrichten. Verunreinigungen beseitigen. Einzukalkulieren sind alle erforderlichen Räumungen für das Erstellen des Spritzschutzes und Geländer, einschließlich Mehrfachräumen für das zeitversetzte Herstellen der Fundamente und schließen der Pflasterfläche.				
Abrechnungseinheit 1 psch.				
	1	Stück
1.1.1.30	Beweissicherung			
Durchführung des Beweissicherungsverfahrens vor Beginn der Baumaßnahme gemäß Pkt. 1.5 der "Allgemeinen Baubeschreibung". Die Dokumentation <u>mit Ortsbezeichnungen und Bezeichnung der vorhandenen Schäden</u> ist dem AG 1 X Digital vor Baubeginn zu übergeben. Abrechnungseinheit 1 psch.				
NUR BILDER, WIRD NICHT ALS DOKUMENTATION ANERKANNT !				
	1	Stück
1.1.1.40	Baustellenabsicherung, Verkehrssicherung			
Die Baustellenabsicherung und Verkehrssicherung				

Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
-------	---------	---------	---------

ist für die gesamte Maßnahme Tief- und Metallbau zu kalkulieren.

Baustellenabsicherung, Verkehrssicherung, Verkehrslenkung, Verkehrsrechtliche Anordnung für Haltestellen und Fahrspuren. Im Umfeld der Gründungen von Fundamenten, Anlieferung, Aufstellung, Wartung, Kontrolle, Umstellung, Abbau und Abtransport aller notwendigen Baustellenabsicherungselemente und Verkehrssicherungseinrichtungen einschließlich Abdecken der Baugrube bzw. der einzelnen Fundamente, Verkehrszeichen, Blinkleuchten und auf der Fahrbahn für den gesamten Zeitraum der Baumaßnahme (inkl. Überprüfung der Absicherung auch während der Sonn- und Feiertage) bis nach der Wiederherstellung der Oberfläche, gem. Vorgaben der Verkehrsbehörde.

Grundlagen für die Verkehrssicherung sind die "Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen" (RSA 21), sowie die "Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen" (ZTV-SA) und die "Technischen Lieferbedingungen für Gegenstände zur Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen" (TL-SA). verkehrsrechtliche Anordnung zur Durchführung von Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum für die Sicherung von Arbeitsstellen, sowie für Umleitungen bei der zuständigen Verkehrsbehörde einholen. Hierfür sind rechtzeitig vor Baubeginn (Vorlauf der Behörden beachten!) entsprechende Verkehrsführungs- und Beschilderungspläne vorzulegen.

Mit dieser Position werden sämtliche Kosten, die für die Erstellung der Pläne für die Verkehrssicherungen notwendig werden, vergütet.

Je Haltestellenbahnsteig sind mind. 150 lfdm Absperrschranke (VZ 600) mit TL-Füßen vor Baubeginn aufzustellen, je nach Baufortschritt mehrfach umzustellen.

Die Absperrschranken sind nach jedem aufstellen / umstellen mit 2 Kabelbindern je Element zu verbinden.

An den meisten Haltestellen kann der

Regelplan C II / 2 mit Voranmeldung zuzügl. VZ 123 und

VZ 531 Fahrbahnverengung angesetzt werden.

Verkehrszeichen 616 fahrbare Absperrtafel mit Blinkpfeil.

Achtung bei Anhänger: hier muss das Zugfahrzeug am Anhänger verbleiben. Die Fußgängerübergänge können nur wechselseitig gesperrt werden.

Täglicher Auf- und Abbau.

In der Anlage befinden sich verkehrslenkende Pläne die zur Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde dienen.

Die Erstellung der Verkehrsführungspläne und die Beantragung zur verkehrsrechtlichen Anordnung verbleibt beim AN und ist in den Einheitspreis mit einzukalkulieren.

Vor Beginn der Maßnahme ist dem AG die verkehrsrechtliche Anordnung in Kopie zu übergeben, einschließlich aller genehmigten Verkehrssicherungs- und Verkehrsführungspläne.

Abrechnungseinheit 1 psch.

1	Stück
---	-------	-------	-------

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
--	-------	---------	---------	---------

1.1.1.50 Verkehrssicherung vorhalten

Verkehrssicherung je Haltestelle
über die gesamte Bauzeit für
Tiefbau und Metallbau,
vorhalten, unterhalten und betreiben,
einschließlich aller erforderlichen Leuchtmittel.
so wie das anschließende Herstellen der Oberflächen.

Abrechnungseinheit 1 psch.

1	Stück
---	-------	-------	-------

Hinweis:

Bedarfspositionen für zusätzliche Verkehrszeichen,
Leitbaken, Absperrschranken und Verkehrsschilder
Diese Bedarfspositionen kommen nur zum Einsatz, wenn
gegenüber dem von der Verkehrsbehörde angeordneten
Verkehrszeichenplan bzw. Plänen zeitweise Änderungen
oder Ergänzungen erforderlich werden, die mit dem AG
abgestimmt und von der Verkehrsbehörde angeordnet sind.

Diese Bedarfspositionen sind nicht für
Zwischenbauzustände oder Umsetzungen der dauerhaften
Verkehrssicherung bestimmt.

1.1.1.60 Zusätzliche Verkehrszeichen auf- und abbauen

Zusätzliche Verkehrszeichen auf- und abbauen
verschiedener Art bis 1 m² einschließlich Aufstell-
vorrichtung und Befestigungsmittel.
Auf Anordnung des AG und der Verkehrsbehörde
anliefern, aufstellen, nach Gebrauch abbauen und
von der Baustelle entfernen.

Verkehrszeichen vorhalten und umsetzen wird
gesondert vergütet.
Abgerechnet wird die Anzahl der Verkehrszeichen

3	Stck
---	------	-------	-------

1.1.1.70 Zusätzliche Verkehrszeichen vorhalten

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
1.1.1.110	Zusätzliche Absperrschranken vorhalten			
	Zusätzliche Absperrschranken Vz600 beleuchtet, vorhalten und betreiben. Abgerechnet wird nach "Meter pro Kalendertag"			
	270,0	d
1.1.1.120	Flaggenposten			
	Flaggenposten zur Sicherung der Arbeiten im unmittelbaren seitlichen Bereich, Abgerechnet wird je Person einschl. erforderlichen Geräten (Flaggen, Leitkegel mit Blitzlampe etc.) für den Flaggenposten sind die einschlägigen Unfall- Verhütungsvorschriften sowie die Hinweise in der Baubeschreibung zu beachten. Flaggenposten dürfen während des Einsatzes keine andere Tätigkeit ausüben. Der Flaggenposten ist zur Sicherung in engen Passagen wie angrenzender Radweg an Haltestelle. Der Einsatz ist mit dem AG vorab abzustimmen.			
	16,00	h
1.1.1.130	Sicherungsaufsichtskraft			
	Sicherungsaufsichtskraft bei allen auszuführenden Leistungen im und am Gleisbereich einschließlich der (ausdrücklich genannt) Haltestellenbereiche während der gesamten Bauzeit. Der Verrechnungssatz für die jeweilige Arbeitskraft umfasst sämtliche Aufwendungen, insbesondere den tatsächlichen Lohn einschließlich vermögenswirksamer Leistungen mit den Zuschlägen für Gemeinkosten (Sozialkassenbeiträge, Winterbauumlage und dgl.), sowie Lohn- bzw. Gehaltsnebenkosten und Zuschläge für Überstunden. Sicherungsaufsichtskraft mit DB-Nachweis.(möglichst) oder 601 Ausweis RNV, Sicherungsposten für den Schienenverkehr entsprechend den Anforderungen der Unfallverhütungs- vorschrift "Arbeiten im Bereich von Gleisen" BGV D33 der BG Bahnen mit Durchführungsanweisungen vom April 1998 (Fassung vom 01.Januar 1997)			

Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
-------	---------	---------	---------

Der Einsatz eines Sicherungsaufsichtskraft ist täglich

zwingend erforderlich.

Ohne Sicherungsaufsichtskraft darf keine Bautätigkeit stattfinden.

Hinweis:

Gemäß DA-2022-003-IS, Vers. 01 vom 30.11.2022 ist mit entsprechender Vorlaufzeit, die Allgemeinen Sicherheitsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen umzusetzen und ein Sicherungsplan zu beantragen.

Siehe hierzu bei den Anlagen.

360,00	h
--------	---	-------	-------

Summe Titel

1.1.1 Baustelleneinrichtung und Sicherung

.....
.....

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
--	-------	---------	---------	---------

1.1.2 Oberflächen

1.1.2.10 Pflaster ausbauen, säubern, seitlich lagern

Vorhandenes Verbund - Pflaster Dicke 8-10 cm, Gehwegplatten oder auch Rasengittersteine in Kleinflächen, Bereich Haltestelle und auch vor und hinter L-Stein zum Anbohren der Pfosten, Rückbau bestehende Fundamente und für neue Fundamente einschl. Bettung aus Sand, Splitt oder Magerbeton, Dicke der Bettung bis 12 cm, ausbauen, säubern, Pflaster auf Paletten aufsetzen und außerhalb der Haltestelle lagern und sichern bis zum Wiedereinbau, einschl. Bettungsmaterial. Nicht wieder verwendbare Materialien gehen in das Eigentum des AN und sind fachgerecht zu entsorgen.

Hinweis:

Besondere Erschwernisse sind mit einzukalkulieren: Pflaster ein oder zweireihig zwischen Kantenstein oder L- Stein und Bordstein im Anschlussbereich zur Fahrbahn.

240,000 m²

1.1.2.20 Pflaster seitlich lagern wieder einbauen

Pflaster gemäß Bestand wieder einbauen, Vorhandene Bettung regulieren, fehlendes Bettungsmaterial ergänzen. Auf Paletten gesichertes Pflaster an Einbaustelle liefern Steine wieder verlegen und abrütteln. Fehlende Steine liefern und ersetzen. Alle erforderliche Passtücke an L-Steinen und um die neuen Spritzschutz- und Geländerpfosten schneiden und einbauen. Verbundpflastersteine ca. 8 bis 10 cm dick. Bettungsmaterial = Sand oder Splitt. Verfüllung der Fugen mit Sand 0/2. Alle Fugen mit Pflastersand 0/2 gleichmäßig bei ausreichender Wässerung einschlämmen, das Pflaster standfest abrütteln. Nicht wieder verwendbares Material von der Baustelle entfernen und gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz entsorgen.

Hinweis:

Besondere Erschwernisse sind mit einzukalkulieren:

Pflaster ein oder zweireihig zwischen Kantenstein oder

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
L- Stein und Bordstein im Anschlussbereich zur Fahrbahn.				
	240,000	m²
1.1.2.30	Verbund - Betonpflaster liefern und einbauen			
Betonpflaster liefern und fachgerecht einbauen. In Klein- und Kleinstflächen. Verbund- Betonpflaster: D= 8 cm, Farbe: grau Pflasterbett aus Splitt 2 / 5 mm, Dicke in verdichtetem Zustand höchstens 4 cm. Einbaubereich: Haltestellenbereich Alle Fugen mit Pflastersand 0/2 gleichmäßig bei ausreichender Wässerung einschlämmen, das Pflaster standfest abrütteln.				
Hinweis: Besondere Erschwernisse sind mit einzukalkulieren:				
Pflaster ein oder zweireihig zwischen Kantenstein oder L- Stein und Bordstein im Anschlussbereich zur Fahrbahn				
	30,000	m²
1.1.2.40	Trennschnitte in Betonpflaster/Asphalt			
Oberflächenbefestigung in Bauweise mit Betonpflaster/ Asphalt im Fahrbahn und Gehwegbereich trennen, einschl. Tragschichten aus Beton und / oder Asphalt gebundene Deck- und Tragschichten senkrecht und geradlinig schneiden. Dicke der Befestigung bis ca. 30cm. Material in Eigentum des AN übernehmen, von der Baustelle entfernen und einer Wiederverwertung zuführen.				
	90,000	m
1.1.2.50	Granitkleinpflastersteine ausbauen, lagern, einbauen			
Granitpflastersteine ausbauen, lagern und später wieder einbauen Oberflächenbefestigung in Form von Granitpflaster aufbrechen und aufnehmen, einschl. Unterbeton, Bettungs-, Trag- und Frostschutzschichten. Granitpflaster, Seitenlänge 8 -10cm, Dicke 10cm, Gesamtaufbruchtiefe mit Unterbeton und Unterbau bis ca.30cm. Sämtliche Pflastersteine säubern, innerhalb der Baustelle transportieren und sortiert lagern.				

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
<p>Granitpflastersteine entsprechend der ursprünglichen Ausführung und Geometrie wieder einbauen, inkl. Unterbeton, Bettungs-, Trag- und Frostschutzschicht, Bettung nach DIN 18318, Fugen füllen. Aufbruchgut in Eigentum des AN übernehmen, von der Baustelle entfernen und einer Wiederverwertung zuführen.</p> <p>Hinweis: Besondere Erschwernisse sind mit einzukalkulieren:</p> <p>Granitpflaster ein oder zweireihig zwischen Kantenstein oder L- Stein und Bordstein im Anschlussbereich zur Fahrbahn. Unterbeton gegebenenfalls von Hand abspitzen.</p>				
	55,000	m²
1.1.2.60 Granitkleinpflaster liefern und einbauen				
<p>Granitmosaikpflastersteine kleines Format liefern und im Bereich des Spritzschutz- und Geländerpfosten sowie In schmale Streifen einbauen, einschl. Bettungs-, Trag- und Frostschutzschicht und Bettung nach DIN 18318, Fuge füllen, Granitpflaster: Seitenlänge 8 -10 cm, Pflasterdicke 10 cm, einschließlich Oberbau. Gesamtdicke des Oberbaus ca. 30 cm, Granitpflastersteine entsprechend der ursprünglichen Ausführung und Geometrie wieder einbauen, inkl. Unterbeton, Bettungs-, Trag- und Frostschutzschicht, Bettung nach DIN 18318, Fugen füllen. Aufbruchgut in Eigentum des AN übernehmen, von der Baustelle entfernen und einer Wiederverwertung zuführen.</p> <p>Hinweis: Besondere Erschwernisse sind mit einzukalkulieren:</p> <p>Granitmosaikpflaster ein oder zweireihig zwischen Kantenstein oder L- Stein und Bordstein im Anschlussbereich zur Fahrbahn.</p>				
	30,000	m²
<hr/>				
Summe Titel				
1.1.2 Oberflächen				
<hr/>				

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
1.1.3 Haltestelleneinrichtungen				
1.1.3.10 Herstellung von Fundamenten für Spritzschutz / Geländer				
<p>Herstellung von Einzelfundamenten. OK Fundament ist 15 cm unter OK Oberfläche herzustellen Länge 0,90m, Breite 0,70, Tiefe 0,80 m. Fundament mit Beton C30/37 herstellen. Öffnen und Schließen der Oberfläche, Bodenaushub, werden gesondert vergütet.</p> <p>Beton C30 / 37 für Fundamente liefern und fachgerecht einbauen und verdichten. Oberfläche mit Glattstrich versehen. Abweichung der vorgegebenen Höhen Max. > +0,0mm, - 10 mm. Blockfundamente sind wie 2 Einzelfundamente abzurechnen.</p>				
	76,000	m³
1.1.3.20 Demontage und Entsorgung Spritzschutz / Geländer				
<p>Oberirdischer Rückbau Altbestand Spritzschutzgeländer mit Glasscheiben, Typ "JC Decaux" (Bügelabstand 0,50 - 2,00m, 48,3mm, Wandstärke 3,2mm, ESG 10mm. Die Pfosten auf L-Steinen und Fundament sind sie abzuschrauben und die überstehenden Bolzen OK bündig abzuflexen. Sollten durch den Rückbau Dübellöcher entstehen, sind diese mit Injektionsmörtel bis OK zu verfüllen. Spritzschutzgeländer nach Rückbau fachgerecht entsorgen. Inkl. Rückbau von Kettenpoller mit 2 Ketten je Poller Abgerechnet wird nach laufenden Metern Geländer.</p> <p>Der Schrotterlöse ist gemäß Anlage als Gutschrift separat auszuweisen.</p>				
	181,000	m
1.1.3.30 Kettenpfosten Rot, Weiß, mit 2 Ketten ausbauen				
<p>Vorhanden Kettenpfosten Rot, Weiß, lackiert mit Beton-Fundament ausbauen. Kettenpfosten mit 2 Gliederketten aus Metall von dem folgenden Pfosten lösen.</p>				

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
<p>Pfosten und Kette aufnehmen. Pfosten in der Baustelleneinrichtung zwischenlagern und anschließend zum Betriebshof Mannheim transportieren und abladen. Alle Hand- und Nebenarbeiten sind mit einzukalkulieren.</p> <p>Betonfundament abbrechen wird gesondert vergütet.</p>				
	1	Stück
1.1.3.40	Mülleimer aufnehmen und neu setzen			
<p>Mülleimer im Haltstellenbereich aufnehmen und versetzt wieder einbauen. Fußstütze auf Pflaster verschraubt lösen und seitlich lagern. Nach Standortangabe durch den AG bauseits gelieferte Bodenhülse in Beton C25/30 Größe 0,40 x 0,40 x 0,40 m versetzt herstellen. Montage des seitlich lagernden Mülleimers. Gemäß Anlage Haltestellenbeschilderung.</p> <p>Das Versetzen der Mülleimer erfolgt nur nach Vorgabe des AG.</p>				
	1	Stück
1.1.3.50	Haltestellenschild aufnehmen und neu setzen			
<p>Haltestellenmast mit Fahne im Haltstellenbereich aufnehmen und versetzt wieder einbauen. Gewinding lösen, Mast aufnehmen und geschützt lagern. Bodenhülse verbleibt im Erdreich und wird mit Hülsendeckel geschlossen. Deckel ist beim AG abzurufen.</p> <p>Nach Standortangabe durch den AG bauseits gelieferte Bodenhülse in Beton C 30/37 Größe 0,60 x 0,50 x 0,95 m versetzt herstellen. Montage des seitlich lagernden Haltestellenmast. Gemäß Anlage Haltestellenbeschilderung.</p> <p>Das Versetzen der Haltestellenmaste erfolgt nur nach Vorgabe des AG.</p>				
	1	Stück

Summe Titel
1.1.3 Haltestelleneinrichtungen

.....

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
1.1.4 Bodenaushub, Leerrohre				
1.1.4.10 Suchgraben herstellen				
<p>Boden für Suchgraben von Hand nach Angaben des AG ausheben, zur Wiederverwendung seitlich lagern und nach Beendigung der Suche wieder einbauen und verdichten. Verbau und Wasserhaltung, soweit erforderlich, werden nicht gesondert vergütet.</p> <p>Die Grabentiefe wird gerechnet ab OK Gelände, Straße, befestigter Fläche oder Schiene bzw. ab OK des vorhandenen Planums.</p> <p>Die Vorschriften der Versorgungsunternehmen sind zu beachten.</p> <p>Boden der Klassen 3 bis 5.</p> <p>Grabentiefe bis 1,25 m.</p> <p>Oberflächenaufbruch wird gesondert vergütet.</p>				
	1,000	m³
1.1.4.20 Leitungsgraben herstellen				
<p>Boden für Leitungsgraben profilgerecht ausheben, Boden der Bodenklasse 3 bis 5 gemäß DIN 18300, Grabentiefe bis 1,25 m.</p> <p>Abgerechnet wird mit senkrechten Wänden.</p> <p>Boden nach Angaben des AG ausheben, zur Wiederverwendung seitlich lagern und nach Beendigung wieder einbauen und verdichten.</p> <p>Die Grabentiefe wird gerechnet ab OK befestigter Fläche bzw. ab OK des vorhandenen Planum.</p> <p>Die Vorschriften der Versorgungsunternehmen sind zu beachten.</p> <p>Oberflächenaufbruch wird gesondert vergütet.</p> <p>Nicht wieder verwendbare Materialien gehen in das Eigentum des AN und sind gem. Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zu entsorgen.</p> <p>Abzurechnen sind auch Montagegruben vor und hinter L- Steinen</p>				
	6,000	m³
1.1.4.30 Zulage Handaushub				
<p>Leitungsgraben herstellen, jedoch Handaushub</p>				

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
	6,000	m³
1.1.4.40	Bodenaushub Kl. 3-5 Fundamente und Gruben			
	Boden für Fundamente, Gruben zum anbohren der Pfosten an L-Steinen und Bodenaushub profilgerecht lösen, laden und fördern, transportieren und abladen. Bodenklasse 3 bis 5, Material geht in den Besitz des AN über und ist fachgerecht zu entsorgen.			
	80,000	m³
1.1.4.50	Zulage Handaushub			
	Bodenaushub für Fundamente und Gruben, jedoch Handaushub			
	80,000	m³
1.1.4.60	Dämmplatten zur Trennung der Betonfundamente			
	Um Überbrückung von Erd-Strömen zu vermeiden sind druckfeste Dämmplatten aus Polystyrol oder Polyurethan zu liefern und einzubauen. Die gelieferten Platten sind auf Passmaß zu schneiden. Passmaß = 100 cm X 90 cm Dicke mind. 10cm Die Platten sollen zwischen den Betonfundamenten so eingebaut werden, dass die jeweilige Platte das Fundament um 10 cm in seiner Abmessung überragt. Alle Nebenarbeiten zum Einbringen der Dämmplatten ist in den Einheitspreis mit einzukalkulieren. Abgerechnet wird je Stück eingebaute Dämmplatte.			
	4	Stück
1.1.4.70	Abbrechen von unbewehrtem Beton			
	Alle Betonfestigkeitsklassen, alte Fundamente, Rückenstütze von Bord,- und Kantensteinen im Grubenbereich der Fundamente. Sauberkeitsschicht u.ä. in der Baugrube abbrechen (Kleinmengen), für den Transport zerkleinern, laden und abfahren, entsorgen.			

	Menge	Einheit	E-Preis	G-Preis
Techn. Lieferbedingungen für Schotter beachten. Einbaustärke 20 cm. einschl. Planum herstellen und Verdichtung. Verdichtungsgrad Dpr. mind. 98 - 103 %, Verformungsmodul EV2 mind. 120 MN/m². Abgerechnet wird nach Auftragsprofilen.	15,000	m³
1.1.4.120 Herstellen von Anschlüssen bei best. Schächten				
Herstellen von schmutzfesten, mit Zementmörtel verschlossenen Einführungen und Anschlüssen von Kabelschutzrohren, in Paketen oder einzeln, an bestehende Schächte. Offene Einführungen an Schächten vor Betonage Der Fundamente verschließen. Abgerechnet wird nach Anzahl der Anschlüsse.	6	Stck
1.1.4.130 Kabelschutzrohr DN 63 flexibel				
Mit glattem Innenrohr und gewelltem Außenrohr, mit Zugdraht, liefern und einschl. fester, sanddichter Rohrverbindungen, einbauen. Rohröffnungen dicht verschließen. Erschwernisse durch vorhandene Leitungen werden nicht gesondert vergütet. Material = PE-HD Rohr 63 nach DIN, Typ Kabuflex R oder gleichwertig, einschließlich Herstellung der Leitungszone mit Rheinsand 0/2, Dicke Bettungsschicht: 10 cm Dicke Abdeckung: 15 cm, Material liefern, in Leitungs- zone einbauen und verdichten. Abgerechnet wird nach Länge in der Achse der Rohrleitung.	15,000	m
1.1.4.140 Endstopfen für Kabelschutzrohr				
Endstopfen für Verschluss ungenutzter Rohrzüge, sanddicht, liefern und an neuen wie vorhandenen Rohren einbauen. DN 63 - 110	6	Stck

1.1.4.150 Bordstein durch L-Stein ersetzen

Bordstein im Bestand ausbauen.
Bordstein in verschiedenen Größen
mit Betoneinfassung ausbauen.
Grube für neuen L-Stein mit Betoneinfassung
herstellen.
L-Stein bis zu einer Höhe von 80 cm,
Wandung 15 cm, Breite 50cm liefern und einbauen,
einschließlich aller Passstücke.
Alle anfallenden Leistungen wie Oberflächen öffnen
und schließen, so wie alle Erd- und Betonarbeiten sind
in den Einheitspreis mit einzukalkulieren.

4,000 m

Summe Titel

1.1.4 Bodenaushub, Leerrohre

.....
.....
=====

Summe Gewerk
1.1 Tiefbau 2025

.....

Summe Los
1 HST Planetarium (Gleisbogen) Tiefbau 2025

.....
=====

Zusammenstellung Gewerk 1.1 Tiefbau 2025

Titel 1.1.1	Baustelleneinrichtung und Sicherung	EUR
Titel 1.1.2	Oberflächen	EUR
Titel 1.1.3	Haltestelleneinrichtungen	EUR
Titel 1.1.4	Bodenaushub, Leerrohre	EUR
		<hr/>
Netto Summe		EUR
+ 19,0 % MwSt		EUR
		<hr/>
Gesamtsumme		EUR
		<hr/>

Zusammenstellung Los 1 HST Planetarium (Gleisbogen) Tiefbau 2025

Gewerk 1.1	Tiefbau 2025	EUR
		<hr/>
Netto Summe		EUR
+19,0 % MwSt		EUR
		<hr/>
Gesamtsumme		EUR
		<hr/> <hr/>

Gesamtzusammenstellung M 288 Spritzschutz an Haltestelle Planetarium
(Gleisbogen) Tiefbau 2025

Los 1	HST Planetarium (Gleisbogen) Tiefbau 2025	EUR
--------------	--	------------------

Netto Summe	EUR
--------------------	------------------

+ 19,0 % MwSt	EUR
----------------------	------------------

Gesamtsumme	EUR
--------------------	------------------

=====

Zusätzliche Besondere Vertragsbedingung

Vergabenummer: 214-25-E15

Verfahren: Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

IPL-Nummer: M288

1. Gutschriften bei Schrotterlösen

Mögliche Gutschriften für Schrotterlöse sind direkt an die

MV Mannheimer Verkehr GmbH (MV)
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

zu adressieren.

Die E-Mailadresse für die Rechnungs-/Gutschriftsversendung erhalten Sie nach Zuschlagserteilung.

Wichtig ist, dass die Gutschrift klar und eindeutig zuordenbar ist. Das heißt, dass auf der Gutschrift jeweils eindeutig das Projekt „M288 Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim“ und die beauftragte Menge stehen muss.

Bedingungen für Bauleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe

1. Vertragsgrundlagen

- 1.1** Die auszuführende Leistung wird nach Art und Umfang durch den Vertrag bestimmt.
- 1.2** Vertragsbestandteile werden in nachstehender Reihenfolge, die gleichzeitig bei Widersprüchen eine Rangfolge darstellt, auch:
 - a) die der Bestellung zugrunde liegende Leistungsbeschreibung mit den dazugehörigen Leistungsunterlagen und Zeichnungen,
 - b) die „Bedingungen für Bauleistungen“ des Auftraggebers (nachfolgend „AG“ genannt),
 - c) die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teile B und C) in der jeweils bei Vertragsschluss gültigen Fassung.
- 1.3** Die Bedingungen für Bauleistungen des AG gelten ausschließlich. Entgegenstehende und hiervon abweichende Bedingungen des Auftragnehmers (nachfolgend auch „AN“ genannt) werden vom AG nicht anerkannt, es sei denn, der AG hätte ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Die Bedingungen für Bauleistungen gelten auch dann, wenn der AG in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Bedingungen abweichender Bedingungen des AN die vertraglich geschuldete Leistung beauftragt.

2. Vorbereitung des Angebotes

Vor Abgabe eines Angebotes hat sich der AN an Ort und Stelle des Bauvorhabens anhand der Zeichnungen und der Ausführungsunterlagen über die örtlichen Gegebenheiten des Bauvorhabens sowie über Art und Umfang der auszuführenden Arbeiten zu informieren.

3. Vertragsschluss, Art und Umfang der Leistungen

- 3.1** Die bloße Angebotserstellung durch den AN zieht keine Vergütungspflicht seitens des AG nach sich. Dies gilt auch dann, wenn die Angebotserstellung auf Aufforderung des AG erfolgt.
- 3.2** Art und Umfang der vom AN zu erbringenden Leistungen sind in der schriftlichen Bestellung des AG definiert. Diese ist maßgeblich.

- 3.3** Stellt sich nach Auftragserteilung heraus, dass zur Ausführung der vertraglichen Leistungen weitere, nicht vereinbarte Leistungen erforderlich sind, führt diese der AN auf Aufforderung des AG mit aus, es sei denn, der Betrieb des AN ist auf derartige Leistungen nicht eingerichtet. Haben diese Leistungen einen zusätzlichen Aufwand für den AN zur Folge, so muss der AN einen diesbezüglichen Vergütungsanspruch dem AG ankündigen, bevor er mit der Ausführung der Leistung beginnt. Sodann stimmen sich die Vertragspartner über eine gesonderte Vergütung ab.
- 3.4** Mündliche Nebenabreden im Zusammenhang mit dem Vertragsschluss, insbesondere Absprachen wie Nachträge, Ergänzungen o. ä. sind nur verbindlich, wenn sie vom AG schriftlich bestätigt werden. Dies gilt auch für eine Veränderung dieser Klausel.

4. Werbung / Ausführungsunterlagen / Urheberrecht

- 4.1** Ohne schriftliche Zustimmung des AG ist es dem AN nicht gestattet, Anfrage-, Angebots- oder Ausschreibungsunterlagen des AG, Werkverträge, Bestellungen oder ähnliche Vertragsunterlagen und den damit verbundenen Schriftverkehr mit dem AG zu Referenz- oder Werbezwecken zu benutzen.
- 4.2** Alle dem AN zur Ausführung überlassenen Zeichnungen und sonstige Unterlagen bleiben Eigentum des AG und sind diesem nach Erbringung der werkvertraglichen Leistungen auf Verlangen unverzüglich auf Kosten des AN zurückzugeben. Sie dürfen nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des AG weiterverwendet, vervielfältigt oder an Dritte weitergegeben werden. Diese Pflicht besteht auch, wenn und soweit es nicht zum Abschluss eines (Werk-)Vertrages kommt.

5. Pläne und Ausführungszeichnungen

- 5.1** Der AN hat die von ihm anzufertigenden Ausführungszeichnungen, sowie evtl. weitere erforderliche Zeichnungen und Beschreibungen, bis zu dem in der Bestellung genannten Termin dem AG zur Freigabe zum Zwecke der Überlassung an das Aufsichtspersonal des AG vorzulegen. Dies gilt auch für die Dokumentation von nachträglich vereinbarten Änderungen.
- 5.2** Der AN hat dem AG auf dessen Anforderung Werkszeugnisse über die Materialeigenschaften der vom AN gelieferten Baustoffe vorzulegen, die über Festigkeit, Zusammensetzung und andere wesentliche Eigenschaften Auskunft geben können. Die Vorlagepflicht befreit den AN nicht von seiner Verantwortung für die technische Ausführbarkeit und ordnungsgemäße Erfüllung der Leistung.
- 5.3** Alle dem AG vom AN im Zusammenhang mit der Ausführung der Bestellung überlassenen Unterlagen werden Eigentum des AG.

6. Ausführung der Leistung, Subunternehmer

- 6.1** Der AN ist für die technische Ausführbarkeit und ordnungsgemäße Erfüllung der Leistung verantwortlich. Dies gilt auch dann, falls der AG die vorgelegten Pläne des AN freigegeben haben sollte.
- 6.2** Vor Beginn der Aufnahme der einzelnen Leistungen hat der AN die Planmaße zu überprüfen. Fehler oder Mängel muss er dem AG unverzüglich mitteilen.
- 6.3** Das Abstecken der Hauptachsen und die Übergabe der Festpunkte in der unmittelbaren Umgebung der Baustelle wird durch den AG vorgenommen. Der AN prüft diese nach und teilt dem AG unverzüglich mit, wenn diese nicht im Einklang mit den Planmaßen stehen sollten.
- 6.4** Für Schäden durch verloren gegangene oder beschädigte Absteckungen, Vermessungspunkte und Grenzzeichen von Grundstücken hat der AN aufzukommen.
- 6.5** Der AN hat alle von ihm bereitgestellten Materialien, die sich auf der Baustelle befinden, gegen Diebstahl und Beschädigung zu versichern.
- 6.6** Der AN darf die ihm übertragenen Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG weitervergeben.
- 6.7** Der AN ist verpflichtet, die für seine Leistung einschlägigen Arbeitsschutz-, Unfallverhütungs-, Umweltschutz- sowie sonstige gesetzliche Vorschriften einzuhalten.
- 6.8** Die Entsorgung der bei der Ausführung seiner Arbeiten anfallenden entsorgungspflichtigen Stoffe nimmt der AN unter Einhaltung der jeweils geltenden behördlichen und gesetzlichen Vorschriften auf eigene Kosten vor. Die nachweispflichtigen Entsorgungsnachweise sind dem AG umgehend zu übergeben.
- 6.9** Nach Fertigstellung der Arbeiten sind alle vom AN in Anspruch genommenen Flächen von diesem wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.
- 6.10.** Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren

7. Bauleitung und Bauaufsicht

- 7.1** Der AN hat vor Beginn der von ihm auszuführenden Arbeiten einen für das gesamte Vorhaben verantwortlichen und vertretungsberechtigten Bauleiter schriftlich zu benennen. Vor einem Wechsel seiner Bauleitung hat der AN den AG unverzüglich schriftlich zu informieren.
- 7.2** Der AG ist berechtigt, den benannten Bauleiter abzulehnen, falls dieser in fachlicher oder persönlicher Hinsicht sich als für die Überwachung der Arbeiten ungeeignet erweist.
- 7.3** Der Bauleiter ist Ansprechpartner für die die Bauausführung betreffenden Weisungen. Bedenken gegen diese hat der AN dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

8. Baustelleneinrichtung und Sicherung

- 8.1** Der AN hat bis zur Abnahme seiner Leistung alle zur Sicherung der Baustelle erforderlichen Maßnahmen in eigener Verantwortung zu treffen. Für den Zustand der Baustelle ist der AN verantwortlich.
- 8.2** Der AN hat für geeignete Arbeitsbedingungen auf der Baustelle zu sorgen.
- 8.3** Auf Verlangen des AG hat der AN diesem einen Baustelleneinrichtungsplan sowie eine Geräteliste vorzulegen.
- 8.4** Das Aufstellen von Firmenschildern durch den AN bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG.
- 8.5** Sofern der AN für die Durchführung seiner Leistungen Wasser-, Energie-, Abwasseranschlüsse oder sonstige Medienanschlüsse oder Gerüste benötigt, hat der AN diese selbst zu stellen und auf eigene Kosten zu unterhalten, sofern keine andere schriftliche vertragliche Vereinbarung mit dem AG im Einzelfall getroffen wurde. Die Kosten des Verbrauchs trägt ebenfalls der AN.
- 8.6** Die Baustelle und der vom AN genutzte Lagerplatz sind sauber zu halten. Der AN hat nach Fertigstellung seiner Leistungen sämtliche Baugeräte, Gerüste, Ausrüstungsgegenstände, Bau- und Werkstoffe, sofern diese nicht vom AG übernommen werden, unverzüglich von der Baustelle zu entfernen.

9. Maßnahmen zur Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht

- 9.1** Der AN ist für die Einhaltung der am Bau zu beachtenden Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften verantwortlich. Beim Ausheben von Gruben, Schächten und ähnlichen Baumaßnahmen hat der Baugrubenverbau im Einklang mit den anerkannten Regeln der Technik so zu erfolgen, dass Rutschungen und Setzungen,

gleich bei welchem Bauzustand, nicht entstehen können und eine Gefährdung der im Graben oder Schacht befindlichen Person verhindert wird.

- 9.2** Der AN hat die Baustelle mit Baustofflagerplatz in der gesamten Länge vorschriftsmäßig abzuschränken, zu beschildern und bei Dunkelheit an allen Gefahrenpunkten zu beleuchten und zu sichern.
- 9.3** Die für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit erforderlichen behördlichen Genehmigungen holt der AN in eigener Verantwortung nach vorheriger Verständigung mit dem AG ein.
- 9.4** Machen es die örtlichen Verhältnisse unumgänglich, behördlich vorgeschriebene Sicherheitsposten, Sicherungsaufsicht oder Bahnübergangssicherungsposten zu stellen, ist vorab eine Zusatzbestellung beim AG einzuholen.
- 9.5** Der AN ist für die ordnungsgemäße Absperrung und Kennzeichnung der Baustelle verantwortlich.
- 9.6** Der AN hat bei Arbeiten im öffentlichen Straßenraum den Träger der Straßenbaulast vor Aufnahme der Arbeiten zu benachrichtigen. Insbesondere hat der AN rechtzeitig vor Arbeitsaufnahme die notwendigen verkehrsrechtlichen Genehmigungen bei der Verkehrsbehörde einzuholen und den AG unverzüglich von den eingeleiteten Maßnahmen sowie den jeweiligen Sachstand in Kenntnis zu setzen.
- 9.7** Anfallende Gebühren für die Erteilung einer verkehrsrechtlichen Anordnung hat der AN zu tragen.

10. Ausführungsfristen, Vertragsstrafe

- 10.1** Die Ausführung durch den AN ist gemäß den verbindlichen Vertragsfristen zu beginnen, angemessen zu fördern und zu vollenden.
- 10.2** Verzögert der AN den Beginn der Ausführung, gerät er mit der Vollendung in Verzug oder kommt er der in Ziffer 9.1. erwähnten Verpflichtung nicht nach, so kann der AG bei Aufrechterhaltung des Vertrages Schadenersatz verlangen und dem AN eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung setzen und erklären, dass er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde.
- 10.3** Wird eine vertragliche Fertigstellungsfrist aus Gründen, die der AN und / oder seine Erfüllungsgehilfen zu vertreten haben, nicht eingehalten, hat der AN an den AG eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,15 % der Nettoauftragssumme für jeden angefangenen Werktag der Verspätung zu zahlen. Die hierbei maximal verwirkte Vertragsstrafe ist auf einen Betrag in Höhe von 5 % der Nettoauftragssumme begrenzt.

- 10.4** Der AN hat die Vertragsstrafe auch dann zu zahlen, wenn sich der AG das Recht, die Vertragsstrafe zu verlangen, bei der Abnahme nicht vorbehält, sofern der AG die Vertragsstrafe vor der Fälligkeit der Schlusszahlung schriftlich geltend macht.

11. Aufmaß / Massenermittlung

- 11.1** Die vom AN fertiggestellten Leistungen mit den dazugehörigen Lieferungen werden nach Fertigstellung der Arbeiten von den Vertragsparteien in einem gemeinsam zu unterzeichnenden Aufmaß-Protokoll hinsichtlich ihres Volumens festgestellt. Bei größeren Bauvorhaben werden nach Baufortschritt Zwischenaufmaßprotokolle aufgestellt.
- 11.2** Ein Materialnachweis wird dadurch geführt, dass eingebautes mit dem laut Lieferschein bestellten Material verglichen und mit der Leistungsbeschreibung auf Übereinstimmung überprüft wird.

12. Abnahme

- 12.1** Bauleistungen sind förmlich im Sinne von § 12 Abs. 4 VOB/ Teil B unter Anfertigung einer Niederschrift abzunehmen. Dies gilt auch für Mängelbeseitigungsleistungen. Eine fiktive Abnahme ist ausgeschlossen. Konkludente Handlungen, wie zum Beispiel Ingebrauchnahme, Fortführung der Leistung o. ä., gelten nicht als Abnahme.
- 12.2** Der AN trägt die Gefahr für die von ihm ausgeführten Leistungen bis diese abgenommen sind.
- 12.3** In Fällen höherer Gewalt und bei Streik, Aussperrung, Betriebsstörung und sonstigen vom AG nicht zu beeinflussenden Ereignissen ist der AG berechtigt, die Abnahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem AN hierdurch Ansprüche entstehen.

13. Gewährleistung

- 13.1** Die Verjährungsfrist für sämtliche Bauleistungen beträgt 5 Jahre. Sie beginnt mit dem Tag der Abnahme der Bauleistung durch den AG.
- 13.2** Mit Abnahme von Mängelbeseitigungsleistungen läuft für diese eine neue Frist gemäß Ziffer 13.1.
- 13.3** Der AN ist verpflichtet, alle während der Verjährungsfrist hervortretenden Mängel, die auf seine vertragswidrige Leistung zurückzuführen sind, auf seine Kosten zu beseitigen, wenn der AG vor Ablauf der Frist unter Ziffer 13.1 dies schriftlich verlangt.

- 13.4** Im Übrigen richten sich die Gewährleistungspflichten des AN nach den gesetzlichen Regelungen der §§ 634 ff. BGB.

14. Haftung für Schädigungen Dritter

- 14.1** Der AN ist verpflichtet, die durch ihn verursachten Schäden an Straßen, Wegen, Gebäuden, Versorgungs- und Verkehrsanlagen auf seine Kosten zu beseitigen.
- 14.2** Für den Fall, dass der geschädigte Dritte den AG direkt in Anspruch nimmt, ist der AN verpflichtet, den AG insoweit von der Inanspruchnahme freizustellen, als er auch selbst gegenüber dem Dritten haften würde. Für die Kostentragung im Innenverhältnis zwischen dem AG und dem AN gilt die Vorschrift des § 254 BGB.

15. Abrechnung

- 15.1** Die Abrechnung erfolgt auf Grundlage eines gemeinsamen Aufmaßes nach den vereinbarten Einheitspreisen. Das Aufmaß und sonstige dazugehörige Unterlagen sind der Abrechnung beizufügen. Abschlagsrechnungen werden vom AG nur auf Basis gemeinsam erstellter und von beiden Seiten anerkannter Aufmäße akzeptiert. Für die Fristen der Rechnungserstellung des AN, insbesondere die Ausstellung einer Schlussrechnung, gilt die gesetzliche Vorschrift des § 14 UStG.
- 15.2** Es sind baubegleitende Leistungsfeststellungen und Leistungsnachweise zu erbringen. Werden Positionen nach Liefer- bzw. Wiegeschein abgerechnet, so sind diese täglich der örtlichen Bauüberwachung vorzulegen und von ihr bestätigen zu lassen. Zur Schlussrechnung sind die Originallieferscheine, nach Positionen geordnet, fortlaufend sortiert beizufügen. Das örtliche Aufmaß von Leitungsgräben und Rohrleitungen erfolgt am offenen Graben. Bereits ab der 1. Abschlagsrechnung sind nachvollziehbare Massenermittlungen auf der Grundlage von gemeinsam erstellten und von beiden Seiten anerkannten Aufmaßen vorzulegen. Eine Auszahlung ohne Aufmaß erfolgt nicht.
- 15.3** Der AN hat seine Leistungen prüfbar abzurechnen. Reicht der AN eine prüfbare Rechnung nicht ein, obwohl ihm der AG eine angemessene Frist gesetzt hat, so kann sie der AG selbst auf Kosten des AN ausstellen.

16. Abrechnung von Stundenlohnarbeiten

- 16.1** Stundenlohnarbeiten werden nur dann vergütet, wenn sie vom AG besonders schriftlich beauftragt werden. Dies gilt auch für Arbeiten, bei denen Samstags-, Sonntags- oder Feiertagszuschläge anfallen.
- 16.2** Der AN hat die Nachweise für Stundenlohnarbeiten, nachdem sie erbracht wurden, innerhalb von 2 Werktagen dem AG zur Bestätigung vorzulegen. Die Bestätigung

bezieht sich auf die Leistungserbringung, nicht aber auf die vertragsmäßige Leistungsabrechnung.

- 16.3** Hat der AG Stundenlohnarbeiten schriftlich in Bestellung gegeben, müssen die von der Bauleitung des AG zur Bestätigung schriftlich abgezeichneten Nachweise in zweifacher Ausfertigung erstellt werden und folgende Angaben enthalten:

- Art der Arbeit
- Name, Beruf des Arbeiters
- bei Ingenieur- und Meisterstunden genaue Angaben über den Anforderungsgrund
- Zahl der geleisteten Arbeitsstunden unter Angabe des Datums am Einsatztag, des Arbeitsbeginns und Arbeitsendes
- Art und Menge der beigestellten Stoffe

Die Nachprüfung bestätigter Nachweise für Stundenlohnarbeiten behält sich der AG ausdrücklich vor.

17. Sicherheitseinbehalt

Der AG ist für die Dauer der Gewährleistungsfrist berechtigt, einen Sicherheitseinbehalt in Höhe von 5 % der gesamten Abrechnungssumme zur Erfüllung der Gewährleistungspflichten des AN einzubehalten. Dieser Einbehalt kann vom AN durch eine unbefristete, selbstschuldnerische Bankbürgschaft eines inländischen Kreditinstitutes oder Versicherers oder durch Hinterlegung abgelöst werden. Die Rückgabe erfolgt mit Ablauf der Gewährleistungspflicht. Sofern zu diesem Zeitpunkt die vom AG geltend gemachten Ansprüche noch nicht erfüllt sind, darf er einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.

18. Haftpflichtversicherung

Der AN hat sich für von ihm zu verantwortende Schäden, die bei der Ausführung des Vertrages verursacht werden können, angemessen zu versichern und dies auf Verlangen nachzuweisen.

19. Wettbewerbswidrige Preisabsprache

Hat der AN oder die von ihm beauftragten oder tätigen Personen bei der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen, die zu einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung geführt hat, so hat der AG einen Anspruch in Höhe von 3 % der Bruttoschlussrechnungssumme als pauschalen Schadenersatz. Es bleibt dem AG nachgelassen, einen im Einzelfall höheren Schaden nachzuweisen.

20. Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht

- 20.1** Erfüllungsort für Lieferungen und Leistungen ist der sich aus dem Vertrag ergebende Leistungsort.

20.2 Gerichtsstand ist Mannheim, soweit der AN Vollkaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches oder juristische Person des öffentlichen Rechtes ist oder öffentlich rechtliches Sondervermögen besitzt. Ansprüche des AG können auch am allgemeinen Gerichtsstand des AN geltend gemacht werden.

Stand Januar 2024

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Tel.: 0621-465-0
E-Mail: kundenservice@rnv-online.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH
Moritz Görmann
In den Leppsteinswiesen 14
64380 Roßdorf
Tel.: 06154-57605 111
E-Mail: datenschutz@ctm-com.de

3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe-grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen,

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genannten Fällen eingeschränkt.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 61 55 41-0
E-Mail: poststelle@fdi.bwl.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.



PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Kreditorenbuchhaltung

Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:*?/"><) im Dateinamen

Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Rechnungs- und Email-Adressen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_RNV@rnv-online.de

MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_MV@rnv-online.de

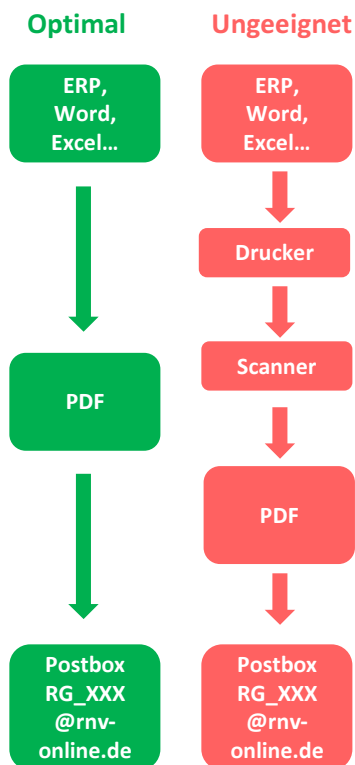
Zentralwerkstatt für Verkehrsmittel
Mannheim GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_ZWM@rnv-online.de

Anforderungen an die Rechnungsqualität

Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.

Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard

Rechnung	
<div>Rechnungsdatum: 01.10.2020</div> <div>Rechnungsnummer: RG123456</div>	
Rechnungsanschrift:	
<div>Rhein-Neckar-Verkehr GmbH</div> <div>Möhlstraße 27</div> <div>68165 Mannheim</div>	
RNV-Bestellnummer: 4xxxxxxxxx	
<div>Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...</div>	
<div>Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020</div>	
Zahlungsbedingung: 30 Tage netto	Netto: 1.000,00 EUR MwSt 16 %: 160,00 EUR Gesamt: 1.160,00 EUR
IBAN: DExx xxxx xxxx xxxx xx BIC: xxxxxxxxxxxx	
Ust.ID: DE123456789	

Vergabestelle

MV Mannheimer Verkehr GmbH

Möhlstr.27

68165 Mannheim

Deutschland

Datum der Versendung **28.07.2025**

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung
 Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb
 Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb
 Freihändige Vergabe
☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Ablauf der Angebotsfrist

Datum 18.08.2025 Uhrzeit 12:00:00

Eröffnungstermin

Datum Uhrzeit

Ort

Raum

Bindefrist endet am 31.08.2025

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

(Vergabeverfahren gemäß Abschnitt 1 der VOB/A)

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer Baumaßnahme

M288

Vergabenummer

Leistung

214-25-E15

Erneuerung von Spritzschutz und Geländer

Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

Anlagen**A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:**

- ☒ 212 Teilnahmebedingungen (Ausgabe 2019)
☒ 216 Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
☐ 227 Zuschlagskriterien
☐ 242 Instandhaltung
☐ Informationen zur Datenerhebung
☒ RNV Datenschutzinformation

B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden:

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Baubeschreibung, Pläne, sonstige Anlagen
☒ 214 Besondere Vertragsbedingungen
☐ 225 Stoffpreisgleitklausel
☐ 228 Nichteisenmetalle
☐ 241 Abfall
☐ 244 Datenverarbeitung
☐ 246 Aufträge für Gaststreitkräfte
☐ 247 Aufträge mit besonderen Anforderungen aufgrund Geheimschutz oder Sabotageschutz
☐ 247 MIL Bauaufträge in militärisch genutzten Liegenschaften
☐ 625 NATO Infrastrukturbauten
☒ Elektronische Rechnung
☒ AGB Baumaßnahmen
☒ Zusätzliche Vertragsbedingungen Schrotterlöse

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- ☒ 213 Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- ☒ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ 125 Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Teilnehmer
- ☒ 221/222 Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt 221 oder 222
- ☐ 224 Angebot Lohnleitklausel
- ☒ 233 Nachunternehmerleistungen
- ☒ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung: _____
- ☒ Formblätter LTMG (Landestarif- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg)
- ☒ Formblätter Russland-Sanktionen
- ☐ _____

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:

- ☐ 126 Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung – Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- ☐ 223 Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐ _____
- ☐ _____

1 ☒ Es ist beabsichtigt, die in beigefügter Leistungsbeschreibung bezeichneten Bauleistungen im Namen und für Rechnung

Auftraggeber ist die MV Mannheimer Verkehr GmbH.

Die rnv vergibt den Auftrag im Namen und auf Rechnung der MV.

zu vergeben.

- ☐ **Es ist beabsichtigt, die in beigefügtem Vertragsformular bezeichneten Instandhaltungsleistungen im Namen und für Rechnung**

zu vergeben.

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

- ☒ elektronisch über die Vergabeplattform
- ☐ auf andere Weise (schriftlich/Textform)
- ☐ in Kombination: bis zur Angebots(er)öffnung elektronisch über die Vergabeplattform; danach schriftlich oder in Textform

Stelle

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Straße Möhlstraße 27

Fax +49 6214653111

PLZ/Ort 68165 Mannheim

E-Mail vergabe@rnv-online.de

3 Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)**3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:**

- ☒ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
- ☐ _____
- ☐ _____

3.2 - frei -

3.3 Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden

- ☒ nachgefordert.
☐ teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:

- ☐ nicht nachgefordert.

3.4 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

- ☒ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen

☐

☐

4 Losweise Vergabe

- ☒ nein
 ja, Angebote sind möglich
☐ nur für ein Los
☐ für ein Los oder mehrere Lose

- ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

5 Mehrere Hauptangebote

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist

- ☒ zugelassen.
 Werden mehrere Hauptangebote abgegeben, muss jedes aus sich heraus zuschlagsfähig sein.
 § 13 Absatz 1 Nummer 2 VOB/A gilt für jedes Hauptangebot.
☐ nicht zugelassen.

6 Nebenangebote

- 6.1** ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Teilnahmebedingungen gilt nicht.
6.2 ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Teilnahmebedingungen) - ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -
☐ für die gesamte Leistung
☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

- ☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
☐

7 Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

☒ Zuschlagskriterium Preis

Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen, Erstattungsbetrag aus der Lohngleitklausel, Instandhaltungsangeboten.

☐ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien

Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.

Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.

Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstätte für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

8 Zugelassene Angebotsabgabe

Elektronisch

☒ in Textform ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform der Vergabestelle zu übermitteln.

☐ Schriftlich

Das beigelegte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

☐ siehe Briefkopf

☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe „Angebot für

Maßnahmennummer:	Baumaßnahme:
	M288
Vergabenummer:	Leistung:
214-25-E15	Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

”

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

9 Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann (Nachprüfungsstelle nach § 21 VOB/A):

Regierungspräsidium Karlsruhe

76137 Karlsruhe

10

Teilnahmebedingungen für die Vergabe von Bauleistungen

Einheitliche Fassung

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", Teil A "Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen" (VOB/A, Abschnitt 1).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden

und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Nebenangebote

4.1 Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden; im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte/mit Siegel versehene Erklärung abzugeben

- 5.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

6 Nachunternehmen

Beabsichtigt der Bieter Teile der Leistung von Nachunternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf Verlangen die vorgesehenen Nachunternehmen benennen.

7 Eignung

- 7.1 Öffentliche Ausschreibung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

- 7.2 Beschränkte Ausschreibungen/Freihändige Vergaben

Ist der Einsatz von Nachunternehmen vorgesehen, müssen **präqualifizierte Unternehmen** der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen nachweisen, dass die von ihnen vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifizierung erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot **nicht präqualifizierter Unternehmen** in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen die in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen vorzulegen. Ist der Einsatz von Nachunternehmen vorgesehen, müssen die Eigenerklärungen und Bescheinigungen auch für die benannten Nachunternehmen vorgelegt bzw. die Nummern angegeben werden, unter denen die benannten Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte Nachunternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

Möhlstr.27
68165 Mannheim
Deutschland

Ort: Datum: Tel.: Fax: e-mail: USt.-ID-Nr.: HR-Nr.: Registergericht: BlmA-Nummer:	
---	--

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer	Baumaßnahme
	M288

Vergabenummer	Leistung	
214-25-E15	Erneuerung von Spritzschutz und Geländer	Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

Anlagen¹, die Vertragsbestandteil werden

- [illegible]

Anlagen¹, die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden

- | | | |
|--------------------------|--------------|---|
| <input type="checkbox"/> | 124 | Eigenerklärung zur Eignung |
| <input type="checkbox"/> | | Einheitliche Europäische Eigenerklärung |
| <input type="checkbox"/> | 221 oder 222 | Angaben zur Preisermittlung |
| <input type="checkbox"/> | | |
| <input type="checkbox"/> | | |

¹ vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

- 1** Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefristfrist gebunden.
- 2** Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung beträgt einschl. Umsatzsteuer _____ Euro
- 2.1** Die Gesamtsumme der jährlichen Vergütung gem. Instandhaltungsvertrag² beträgt einschl. Umsatzsteuer _____ Euro*
- * nur ausfüllen, wenn den Vergabeunterlagen ein Instandhaltungsvertrag beiliegt
- 3** Anzahl der Nebenangebote _____ St.
- 4** Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote³ sowie auf die Preise für angeordnete Leistungen, die auf Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind _____ %
- 5** Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:
- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B), Ausgabe 2016,
 - Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B
- 6** ☐ Ich bin/Wir sind für die zu vergebende Bauleistung präqualifiziert und im Präqualifikationsverzeichnis eingetragen unter Nummer:
- | | |
|-------------|------------------|
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
- ☐ Ich bin/Wir sind kleines oder mittleres Unternehmen – KMU - (< 250 Beschäftigte und ≤ 50 Mio Euro Jahresumsatz bzw. ≤ 43 Mio Jahresbilanzsumme).⁴
- 7** Ich/Wir erkläre(n), dass
- ☐ ich/wir alle Leistungen im eigenen Betrieb ausführen werde(n).
 - ☐ ich/wir die Leistungen, die nicht im Verzeichnis Nachunternehmerleistungen bzw. Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmer aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).

² Bei mehreren Instandhaltungsverträgen ist die Summe der jährlichen Vergütungen einzutragen.

³ Preisnachlass gilt nicht für Instandhaltungsangebot

⁴ Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.

8 Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
- mir/uns zugewandene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- ein nach der Leistungsbeschreibung ggf. zu benennender Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator gemäß Baustellenverordnung und dessen Stellvertreter über die nach den „Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen; geeigneter Koordinator (Konkretisierung zu § 3 BaustellV) (RAB 30)“ geforderte Qualifikation verfügen, um die nach Baustellenverordnung übertragenen Aufgaben fachgerecht zu erfüllen.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
- ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.
- ich/wir jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitteilen.

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
- ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
- ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen,

wird das Angebot ausgeschlossen.

Vergabenummer

214-25-E15

Baumaßnahme

M288

Leistung

Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN**1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)****1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):**

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☒ am 01.09.2025
- ☐ spätestens Werktagen nach Zugang des Auftragsschreibens.
- ☐ in der KW , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Absatz 2 Satz 2 VOB/B). Die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum zugehen; Ihr Auskunftsrecht gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 VOB/B bleibt hiervon unberührt.
- ☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)

- ☒ am 10.10.2025
- ☐ innerhalb von Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
- ☐ in der KW , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Absatz 1 VOB/B sind:

- ☐ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☒ folgende als Vertragsfrist vereinbarte Einzelfristen siehe Baubeschreibung
- ☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan:

☐**2 Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)****2.1 Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:**

- ☐ € (ohne Umsatzsteuer)
- ☒ 0,15 Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer; Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Satz 1 genannten Prozentsatz des Teils der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

- 2.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

3 Zahlung (§ 16 VOB/B)

Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Absatz 3 Nummer 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Absatz 5 Nummer 3 VOB/B verlängert auf 60

Tage.

4 Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)

- ☐ Auf Sicherheit für die Vertragserfüllung wird verzichtet.
☒ Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.

5 Sicherheitsleistung für Mängelansprüche

- ☐ Auf Sicherheit für die Mängelansprüche wird verzichtet.
☒ Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt drei Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).

6 Bürgschaften (§ 17 VOB/B)

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden, und zwar für

- | | |
|---|--|
| - die Vertragserfüllung das Formblatt | „Vertragserfüllungsbürgschaft“ |
| - die Mängelansprüche das Formblatt | „Mängelansprüchebürgschaft“ |
| - vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt | „Abschlagszahlungs-/ Vorauszahlungsbürgschaft“ |

7 Technische Spezifikationen

Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Bewertungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

8 Werbung

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

9 frei

10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

- Sicherheit für die Vertragserfüllung und Sicherheit für die Mängelerfüllung kann nur durch Bürgschaft erfolgen.
- Rückgabezeitpunkt für eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche (§17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B): mit Ablauf der vereinbarten Verjährungsfrist für Mängelansprüche.
- Sollten Vorauszahlungen notwendig sein, erfolgen diese erst nach Vorlage einer uneingeschränkten und unbefristeten Bankbürgschaft durch den Bieter.

	Vergabenummer	Datum
	214-25-E15	
Baumaßnahme M288		
Leistung Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim		

Ergänzung der Aufforderung zur Angebotsabgabe**Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)****1 Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind****1.1 Formblätter**

- ☒ Angebotsschreiben (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☒ Angaben zur Preisermittlung entsprechend den Formblättern 221 oder 222 (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ 224 - Angebot Lohnleitklausel (wenn ein Änderungssatz angeboten wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, zu dem ein Änderungssatz angeboten wird)
- ☒ 233 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- ☒ 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- ☒ 235 - Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (wenn sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird; bei Abgabe mehrere Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient)
- ☐ 248 - Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ Vertragsformular/e Instandhaltung (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☒ Formblätter LTMG (Landestarif- und Mindestlohngesetz BaWü) und Formblätter Russland-Sanktionen
- ☐

1.2 unternehmensbezogene Unterlagen

- ☒ Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder
Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder
Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☒ 2 Referenzen aus dem Leistungszeitraum 2015 bis 2025
- ☐

1.3 Leistungsbezogene Unterlagen

- ☒ Leistungsverzeichnis mit den Preisen
- ☐ Produktangaben in folgenden Positionen:

☐**1.4 sonstige Unterlagen**

- ☒ Erfüllung von Mindestanforderungen, z.B. Datenblätter, Muster, spezielle Nachweise
- ☐

2 Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind**2.1 Formblätter**

- ☐ 126 - Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- ☒ 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐ Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐
- ☐

2.2 unternehmensbezogene Unterlagen (Bestätigungen der Eigenerklärungen)

- ☒ Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- ☒ Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- ☒ Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- ☒ rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- ☒ Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- ☐
- ☐

2.3 leistungsbezogene Unterlagen

- ☐ Produktdatenblätter benannter Fabrikate
- ☐

2.4 sonstige Unterlagen

- ☒ Urkalkulation (die Urkalkulation wird für die Prüfung der Preise geöffnet, im Anschluss wieder verschlossen)
- ☐ die Urkalkulation ist in einem verschlossenen/versiegelten Umschlag mit Angabe des Bauvorhabens
- ☐ und der Vergabenummer zu kennzeichnen.

Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer

Vergabenummer
214-25-E15

Vergabeart

- | | |
|---|-------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Öffentliche Ausschreibung | Offenes Verfahren |
| Beschränkte Ausschreibung | Nichtoffenes Verfahren |
| Freihändige Vergabe | Verhandlungsverfahren |
| <input type="checkbox"/> Internationale NATO-Ausschreibung | Wettbewerblicher Dialog |

Baumaßnahme

M288

Leistung

Erneuerung von Spritzschutz und Geländer
Strab-Hallestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bewerber*)
<input type="checkbox"/> Bieter)
<input type="checkbox"/> Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft)
<input type="checkbox"/> Nachunternehmer)
<input type="checkbox"/> anderes Unternehmen) | |
|---|--|

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Euro

Euro

Euro

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten fünf Kalenderjahren bzw. dem in der Auftragsbekanntmachung angegebenen Zeitraum¹ vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Bei einem Teilnahmewettbewerb füge(n) ich/wir meinem/unserem **Teilnahmeantrag** eine Referenzliste bei.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir drei Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

*) zutreffendes ankreuzen

¹ Der längere Zeitraum ist maßgebend.

Angaben zu Arbeitskräften

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angeben.

Registereintragungen

Ich bin/Wir sind

- ☐ im Handelsregister eingetragen.
- ☐ für die auszuführenden Leistungen in die Handwerksrolle eingetragen.
- ☐ bei der Industrie- und Handelskammer eingetragen.
- ☐ zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorlegen:

Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- ☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 6e EU VOB/A vorliegen.
- ☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
- ☐ für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 6 VOB/A vorliegt.
- ☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 1 bis 4 VOB/A vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse², eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen³ sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

² soweit mein Betrieb beitragspflichtig ist

³ soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

(Ort, Datum, Unterschrift)⁴

⁴ nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist

Bieter	Vergabenummer	Datum
	214-25-E15	
Baumaßnahme M288		
Leistung Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim		

Angaben zur Kalkulation mit vorbestimmten Zuschlägen

1	Angaben über den Verrechnungslohn	Zuschlag %	€/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohngleitklausel vereinbart wird		
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne, als Zuschlag auf ML		
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder, als Zuschlag auf ML		
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)		
1.5	Zuschlag auf Kalkulationslohn (aus Zeile 2.4, Spalte 1)		
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5, VL im Formblatt 223 berücksichtigen)		

2	Zuschläge auf die Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten	Zuschläge in % auf				
		Lohn	Stoffkosten	Geräte- kosten	Sonstige Kos- ten	Nachunter- nehmer- leistungen
2.1	Baustellengemeinkosten					
2.2	Allgemeine Geschäftskosten					
2.3	Wagnis und Gewinn					
2.3.1	Gewinn					
2.3.2	betriebsbezogenes Wagnis¹					
2.3.3	leistungsbezogenes Wagnis²					
2.4	Gesamtzuschläge					

¹ Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko² Mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis

3.	Ermittlung der Angebotssumme			
		Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Her- stellungskosten €	Gesamt- zuschlä- ge gem. 2.4 %	Angebotssumme €
3.1	Eigene Lohnkosten Verrechnungslohn (1.6) x Gesamtstunden			X
	_____ x _____			
3.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)			
3.3	Gerätekosten (einschließlich Kosten für Energie und Be- triebsstoffe)			
3.4	Sonstige Kosten (vom Bieter zu erläutern)			
3.5	Nachunternehmerleistungen ³			
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer				

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

³ Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	214-25-E15	
Baumaßnahme M288		
Leistung Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim		

Angaben zur Kalkulation über die Endsumme

1.	Angaben über den Verrechnungslohn	Lohn €/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohnleitklausel vereinbart wird	
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne	
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder	
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)	

Berechnung des Verrechnungslohnes nach Ermittlung der Angebotssumme (vgl. Blatt 2)

1.5	Umlage auf Lohn (Kalkulationslohn x v.H. Umlage aus 2.1)	€/h _____	v.H. _____	
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5)			

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

(Preisermittlung bei Kalkulation über die Endsumme)

Ermittlung der Angebotssumme		Betrag €	Gesamt €	Umlage Summe 3 auf die Einzelkosten für die Ermittlung der EH-Preise	
2	Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten			%	€
2.1	Eigene Lohnkosten Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x			x	
2.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)			x	
2.3	Gerätekosten (einschl. Kosten für Energie und Betriebsstoffe)			x	
2.4	Sonstige Kosten (Vom Bieter zu erläutern)			x	
2.5	Nachunternehmerleistungen ¹			x	
Einzelkosten der Teilleistungen (Summe 2)				noch zu verteilen	

Zusammensetzung der Umlagesummen				
	Umlage gesamt (€)	Anteil BGK (€)	Anteil AGK (€)	Anteil W+G (€)
2.1 eigene Lohnkosten				
2.2 Stoffkosten				
2.3 Gerätekosten				
2.4 Sonstige Kosten				
2.5 Nachunternehmerleistungen				

3	Baustellengemeinkosten, Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn		
3.1	Baustellengemeinkosten (soweit hierfür keine besonderen Ansätze im Leistungsverzeichnis vorgesehen sind)		
3.1.1	Lohnkosten einschließlich Hilfslohne Bei Angebotssummen unter 5 Mio € : Angabe des Betrages Bei Angebotssummen über 5 Mio € : Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x		
3.1.2	Gehaltskosten für Bauleitung, Abrechnung Vermessung usw.		
3.1.3	Vorhalten u. Reparatur der Geräte u. Ausrüstungen, Energieverbrauch, Werkzeuge u. Kleingeräte, Materialkosten f. Baustelleneinrichtung		
3.1.4	An- u. Abtransport der Geräte u. Ausrüstungen, Hilfsstoffe, Pachten usw.		
3.1.5	Sonderkosten der Baustelle, wie techn. Ausführungsbearbeitung, objektbezogene Versicherungen usw.		
Baustellengemeinkosten (Summe 3.1)			
3.2	Allgemeine Geschäftskosten (Summe 3.2)		
3.3	Wagnis und Gewinn (Summe 3.3)		
3.3.1.	Gewinn		
3.3.2	Betriebsbezogenes Wagnis (Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko)		
3.3.3	Leistungsbezogenes Wagnis (mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis)		
Umlage auf die Einzelkosten (Summe 3)			
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer (Summe 2 und 3)			

¹ Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer	Baumaßnahme	
	M288	
Vergabenummer	Leistung	
	Erneuerung von Spritzschutz und Geländer	Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

Erklärung der Bieter- /Arbeitsgemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

USt-ID: _____

Weitere Mitglieder

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären¹, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, zur Entgegennahme der Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt ist und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

¹ Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

☐ Die Namen der Nachunternehmer sind bereits bei Angebotsabgabe anzugeben.

91

Bieter	Vergabenummer	Datum
	214-25-E15	
Baumaßnahme M288		
Leistung		
Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim		

Ergänzung des Angebotsschreibens**Verzeichnis über Art und Umfang der Leistungen, für die sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird**

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns anderer Unternehmen bedienen werde(n).

OZ/Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

In Hinsicht auf meine/unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Name des Unternehmens	Angabe zu der von diesem Unternehmen überlassenen Eignung

Bewerber/Bieter	Vergabenummer	Datum
	214-25-E15	
Baumaßnahme M288		
Leistung Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim		

Name, gesetzlicher Vertreter, Kontaktdaten des sich verpflichtenden Unternehmens

Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter diesem mit den erforderlichen Kapazitäten meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen.

OZ/Leistungsbereich	Beschreibung der (Teil)Leistungen

(Ort, Datum, Unterschrift)

- ☐ Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.¹

(Ort, Datum, Unterschrift)

Anmerkung: Sofern Verpflichtungserklärungen in Kopie oder als Telefax vorgelegt werden, behält sich die Vergabestelle vor, die Originale zu verlangen.

¹ Diese Erklärung muss abgegeben werden, wenn sie in den Teilnahmebedingungen gefordert ist.

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen
nach den Vorgaben
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

Allgemeines

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

Informationen zum LTMG

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung (https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Derzeit gibt es im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße keine einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i. S. d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen. Insofern gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das Mindestentgelt gem. § 4 LTMG.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Die Fahrer benötigen eine besondere Qualifikation. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich des einschlägigen und repräsentativen Tarifvertrags („Personenbeförderung durch Kraftomnibusse“).

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*
oder
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mir/wir uns
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
 - oder
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Verpflichtungserklärung
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

 Ort, Datum

 Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

 Ort, Datum

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

Ort, Datum

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

1. Mindestentgelte

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

2. Nachunternehmen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

3. Kontrolle

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

4. Sanktionen

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Erneuerung von Spritzschutz und Geländer
Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-16882
Fax +49 30 18 681-516882
BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576

BW17-70409/2#1

Berlin, 14. April 2022

Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022
Formblatt für Eigenerklärungen

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

28.07.2025

Verfahren: 214-25-E15 - Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	Pflaster- & Tiefbauarbeiten mit Abbruch und Verkehrssicherung für die Gesamtmaßnahme	EUR
----------	---	------------------

1.1	Wertungsrelevanter Angebotspreis (ohne Schrotterlöse)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	(ohne Einheit)		

Bitte übertragen Sie hier den wertungsrelevanten Angebotspreis aus dem Preisblatt.

.....
pro 1,00 (ohne Einheit)

1.2	Wertungsrelevante Gutschrift für Schrotterlöse	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	(ohne Einheit)		

Die Gutschrift muss mit negativen Vorzeichen angegeben werden, da anderenfalls der Gesamtangebotspreis nicht richtig ermittelt werden würde.

Bitte übertragen Sie den Angebotspreis aus der Excel-Datei in den Anlagen.

.....
pro 1,00 (ohne Einheit)

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass
(netto)

Nachlass
(netto)

Summe inkl. Nachlass
(netto)

Umsatzsteuer

**Summe
(brutto)**

Ausschreibung

Verfahren: 214-25-E15 - Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle
„Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Ausschreibung

Verfahren: 214-25-E15 - Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle „Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Erklärung Natursteine

Gewichtung: 0,00%

1.1 Erklärung Natursteine ohne ausbeuter. Kinderarbeit [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Herstellung bzw. Bearbeitung des angelieferten bzw. verwendeten Natursteins muss unter Einhaltung der folgenden ILO-Konventionen erfolgt sein (www.ilo.org):
182, 138 (keine Beschäftigung von Kindern)
29, 105 (keine Zwangsarbeit)
87, 98 (Freies Zugangsrecht zu Gewerkschaften und zu Kollektivverhandlungen)
100, 111 (Verbot von Diskriminierung)

Wird ein Nachweis über die Einhaltung der vorstehenden Vorgabe erbracht?

Dieser kann durch produktbezogenes Xertifix oder Win=Win Fair Stone Zertifikat oder ein gleichwertiges Zertifikat einer unabhängigen Organisation erbracht werden. Das Zertifikat ist möglichst mit dem Angebot, spätestens jedoch auf Anforderung vor Beauftragung vorzulegen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.2 Erklärung Natursteine ohne ausbeuter. Kinderarbeit [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Falls kein Nachweis erbracht werden kann, ist folgende Selbstverpflichtung mit folgendem Wortlaut abzugeben:
„Wir erklären, dass die Herstellung bzw. Bearbeitung der angelieferten bzw. verwendeten Natursteine unter Beachtung der Vorgaben der ILO-Kernarbeitsnormen Nr. 182, 138, 29, 105, 87, 98, 100, 111 erfolgt bzw. erfolgt ist. Wir verpflichten uns ausdrücklich, nur solche Steine anzuliefern bzw. zu verwenden, die unter Beachtung der genannten Normen hergestellt bzw. bearbeitet wurden. Wir sind uns bewusst, dass eine falsche Eigenerklärung zum Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren führen kann und dass die Anlieferung bzw. Verwendung von Steinen, die den Vorgaben nicht entsprechen, eine Vertragsverletzung darstellt.“

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 Erklärung zu Referenz Pflaster- & Tiefbauarbeiten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Erfüllung der Mindestkriterien muss durch 2 Referenzen nachgewiesen werden, deren Leistungszeitraum zwischen 2015 und 2025 liegt.

Werden durch entsprechende, ausgefüllte und bestätigte Anlagen über 2 Referenzen folgende Mindestanforderungen nachgewiesen?

- Pflaster- & Tiefbauarbeiten mit Abbruch für Straßenbahnhaltestellen im Stadtgebiet, ähnlicher Größenordnung (Auftragswert)

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3 Nachweis der Eignung

Gewichtung: 0,00%

3.1 Präqualifikation / Eigenerklärung zur Eignung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis durch Eintragung in das Präqualifikationsregister. Nicht-präqualifizierte Unternehmen füllen das Formblatt Eigenerklärung zur Eignung aus.

3.2 Bestätigung der Eignung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Präqualifikationsnummer wurde in das Angebotsschreiben eingetragen oder die ausgefüllte Eigenerklärung zur Eignung dem Angebot beigelegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

4.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

Der Bieter/ Die Bietergemeinschaft muss unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss.

Die Deckungssumme dieser Versicherung muss je Schadensfall mindestens betragen:

3 Mio. Euro pauschal für Personen- und Sachschäden.

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung ab und reicht den entsprechenden Nachweis ein.

Achtung: Bitte beachten Sie, dass ein Nachfordern eines unzureichenden Versicherungsnachweises unzulässig ist und zum Ausschluss des Angebots von der Wertung führt.

4.2 Variante 1 [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Sofern der Bieter über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies hier anzugeben. Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssummen vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat er dies hier anzugeben.

Zum Nachweis ist die Versicherungsbestätigung mit dem Angebot einzureichen.

Liegt eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung wie in Ziffer 4.1 beschrieben bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vor und ist zum Nachweis die Versicherungsbestätigung dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.3 Variante 2 [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Alternativ: Sofern der Bieter zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung nicht die genannten Deckungssummen aufweist, hat der Bieter zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat er hier anzugeben, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechenden Nachweis dem Angebot beizufügen.

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft ist in der Lage, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine wie in Ziffer 4.1 beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und eine entsprechende Versicherungsbestätigung ist dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 214-25-E15 - Erneuerung von Spritzschutz und Geländer Strab-Haltestelle
„Planetarium Bogenbereich“ in Mannheim

LEISTUNGSKRITERIEN

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Anschlussdetails an Fahrgastunterstand.pdf	66,04 KB	
Dateianlage	Planetarium Ausführungspläne.pdf	469,06 KB	
Dateianlage	Planetarium Verkehrslenkung.pdf	272,28 KB	
Dateianlage	M288 Spritzschutz HST Planetarium (Gleisbogen) Tiefbau 2025 LV.X83	170,48 KB	
Dateianlage	M288_Preisblatt für Schrotterlöse.xlsx	14,79 KB	
Dateianlage	M288_Preisblatt_Stundenlohnarbeiten.xlsx	44,94 KB	